

Jonas Schröder

**Libyen nach Gaddafi: Ein Land  
im post-revolutionären Um-  
bruch**

Ursachen, Beteiligte und ent-  
wicklungspolitische Herausfor-  
derungen.

ARBEITSPAPIERE DES  
INSTITUTS FÜR  
ETHNOLOGIE  
UND AFRIKASTUDIEN

WORKING PAPERS OF  
THE DEPARTMENT OF  
ANTHROPOLOGY AND  
AFRICAN STUDIES



Herausgegeben von / The Working Papers are edited by:  
 Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Johannes Gutenberg-Universität,  
 Forum 6, D-55099 Mainz, Germany.  
 Tel. +49-6131-3923720; Email: ifeas@uni-mainz.de; <http://www.ifeas.uni-mainz.de>

<http://www.ifeas.uni-mainz.de/92.php>

Geschäftsführende Herausgeberin / Managing Editor: Konstanze N'Guessan ([nguessan@uni-mainz.de](mailto:nguessan@uni-mainz.de))

Copyright remains with the author.

Zitierhinweis / Please cite as:

Jonas Schröder (2016): Libyen nach Gaddafi: Ein Land im post-revolutionären Umbruch. Ursachen, Beteiligte und entwicklungspolitische Herausforderungen. Arbeitspapiere des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Working Papers of the Department of Anthropology and African Studies of the Johannes Gutenberg University Mainz) 168.

## **Jonas Schröder: Libyen nach Gaddafi: Ein Land im post-revolutionären Umbruch. Ursachen, Beteiligte und entwicklungspolitische Herausforderungen.**

### **Zusammenfassung**

Seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 befindet sich Libyen in einer ungeordneten und unübersichtlichen Phase des Umbruchs. Zahlreiche Beobachter blicken nach viereinhalb Jahren der Unsicherheit mit großer Sorge auf die bisherigen Entwicklungen und anstehenden Herausforderungen im Land. Schließlich bestehen in Libyen noch immer zahlreiche gesellschaftliche und politische Konfliktlinien, die für Außenstehende meist nur schwer zu erfassen sind.

Die Arbeit hat das Ziel, Hintergründe, Verbindungen und Bedeutungen der post-revolutionären Ereignisse in Libyen zu erläutern sowie vorrangige entwicklungspolitische Schritte und Unterstützungsansätze darzulegen. Hierzu werden zunächst die grundlegenden Ursachen für die Entwicklungen, die wesentlichen Merkmale der Beteiligten und die zentralen Probleme des Landes dargestellt. Anschließend werden primäre Schritte und grundsätzliche Voraussetzungen zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau Libyens aufgezeigt. Zuletzt wird auf die Rolle der internationalen Entwicklungspolitik eingegangen und erläutert, in welchem Maß und mit welchen Ansätzen ein konstruktiver Beitrag zur zukünftigen Entwicklung des Landes möglich ist.

### **Abstract**

After the overthrow of Muammar al-Gaddafi in 2011, Libya has entered a period of disorder and turmoil. After four and a half years of far-reaching uncertainty, a considerable number of observers is highly concerned with the country's present developments and upcoming challenges. Still many social and political fault lines continue to persist and for people from outside Libya most of them are difficult to grasp.

On the one hand this paper elucidates the backgrounds, connections and meanings of the post-revolutionary events in Libya, on the other hand it presents primary steps and potential approaches for assistance in the field of development policy. As a first step, the paper outlines the fundamental causes for the main developments, the key features of the groups involved and the main obstacles to the country's progress. Then it emphasizes the pivotal steps and essential preconditions for the country's stabilization and reconstruction. Finally, the paper stresses the role of the international development cooperation in Libya and discusses various supporting measures for the country's future development.

### **Der Autor/the author**

Jonas Schröder studierte von Oktober 2011 bis März 2016 Ethnologie an der Universität Mainz und schloss mit dem B.A. ab. Sein Interesse bezieht sich vorwiegend auf Politikethnologie, Konfliktanalyse, Entwicklungszusammenarbeit und Sicherheitspolitik, besonders im Hinblick auf Regionen in Afrika und Asien.

**E-Mail:** [jonasschroeder10@web.de](mailto:jonasschroeder10@web.de)



# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2 Libyen im Überblick.....</b>	<b>2</b>
<b>3 Struktur des Gaddafi-Systems.....</b>	<b>3</b>
<b>4 Chronologie seit dem Sturz Gaddafis .....</b>	<b>5</b>
<b>5 Gründe für die post-revolutionären Entwicklungen .....</b>	<b>7</b>
5.1 Grundlage.....	7
5.2 Konfliktlinien .....	8
5.3 Bevölkerungsstruktur .....	10
5.4 Politische Schlüsselakteure .....	14
<b>6 Zentrale Probleme im heutigen Libyen .....</b>	<b>21</b>
6.1 Politisches und Rechtliches Vakuum .....	21
6.2 Wirtschaftliche Schwächen und Abhängigkeiten.....	22
6.3 Soziale Spannungen und mangelnde Sicherheit .....	24
6.4 Rolle der Weltmächte und anderer internationaler Akteure .....	25
<b>7 Stabilisierung und Wiederaufbau des Landes .....</b>	<b>26</b>
<b>8 Rolle der internationalen Entwicklungspolitik .....</b>	<b>29</b>
<b>9 Fazit und Ausblick .....</b>	<b>33</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>35</b>
<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>42</b>

# 1 Einleitung

„Wenn ein Instrument des Regierens diktatorisch ist, wie in politischen Systemen der heutigen Welt, hat die Gesellschaft, [...] nur eine Möglichkeit der Korrektur. Diese besteht in der Gewalt, was die Revolution gegen das Instrument des Regierens bedeutet“ (al-Gaddafi o.J.: 108).

Diese Worte schrieb Muammar al-Gaddafi in seiner wichtigsten Schrift, seinem Grünen Buch, welches er erstmals im Jahr 1975 veröffentlichte (Boduszynski und Pickard 2014: 290). Gaddafi war allerdings der Überzeugung, dass sein eigenes politisches System, die einzige „echte Demokratie“ (al-Gaddafi o.J.: 101) repräsentierte und somit eine derartige „Korrektur“ in Libyen nicht notwendig sei.

Am 17. Februar 2011 begann in Benghazi dennoch offiziell die Revolution gegen den seit mittlerweile über 42 Jahre herrschenden Gaddafi. Es folgten monatelange Gefechte zwischen Anhängern Gaddafis auf der einen und verschiedenen revolutionären Kräften (ergänzt durch Lufteinheiten einer NATO-Koalition) auf der anderen Seite. Am 20. Oktober 2011 wurde Gaddafi schließlich nahe seiner Heimatstadt Sirte von revolutionären Kämpfern getötet. Seitdem befindet sich Libyen in einem ungeordneten und unübersichtlichen Umbruch. Dabei gilt für die Konflikte des Landes häufig: „[they are] too complicated to understand and too difficult to solve“ (Toaldo 2015a). Inzwischen blicken immer mehr Beobachter mit großer Sorge auf die bisherigen Entwicklungen und die anstehenden Herausforderungen im Land.

Die Arbeit hat das Ziel, Hintergründe, Verbindungen und Bedeutungen der post-revolutionären Ereignisse in Libyen zu erläutern sowie vorrangige entwicklungspolitische Schritte und Unterstützungsansätze darzulegen. Hierzu werden zunächst die grundlegenden Ursachen für die Entwicklungen, die wesentlichen Merkmale der Beteiligten und die zentralen Probleme des Landes dargestellt. Anschließend werden primäre Schritte und grundsätzliche Voraussetzungen zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau Libyens aufgezeigt. Zuletzt wird auf die Rolle der internationalen Entwicklungspolitik eingegangen und erläutert, in welchem Maß und mit welchen Ansätzen ein konstruktiver Beitrag zur zukünftigen Entwicklung des Landes möglich ist.

---

<sup>1</sup> Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2015/16 zur Erlangung des akademischen Grades *Bachelor of Arts* im Fach Ethnologie am Institut für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz verfasst. Ein besonderer Dank gilt Herrn Erich Stather (Staatssekretär a.D.), dem Betreuer dieser Arbeit, für seine wertvollen Hinweise und Anmerkungen bei ihrer Erstellung.

## 2 Libyen im Überblick

Libyen ist ein Land in Nordafrika und beheimatet etwa 6 bis 6,5 Millionen Menschen (Auswärtiges Amt 2015a; World Bank 2015a). Es liegt am Mittelmeer und grenzt im Westen an Algerien und Tunesien, im Süden an Tschad und Niger und im Osten an Ägypten und Sudan. Libyen ist ungefähr fünfmal so groß wie Deutschland, allerdings besteht die Fläche zu ca. 90 Prozent aus Wüste (Dittmann 2013: 207). Das Land erstreckt sich von seiner 2000 Kilometer langen Küste südwärts weit in die Sahara hinein. Traditionell wird Libyen in die drei Großräume Cyrenaika im Osten, Tripolitanien im Nordwesten und Fezzan im Südwesten aufgeteilt (Meyers Großes Länderlexikon 2009: 388).

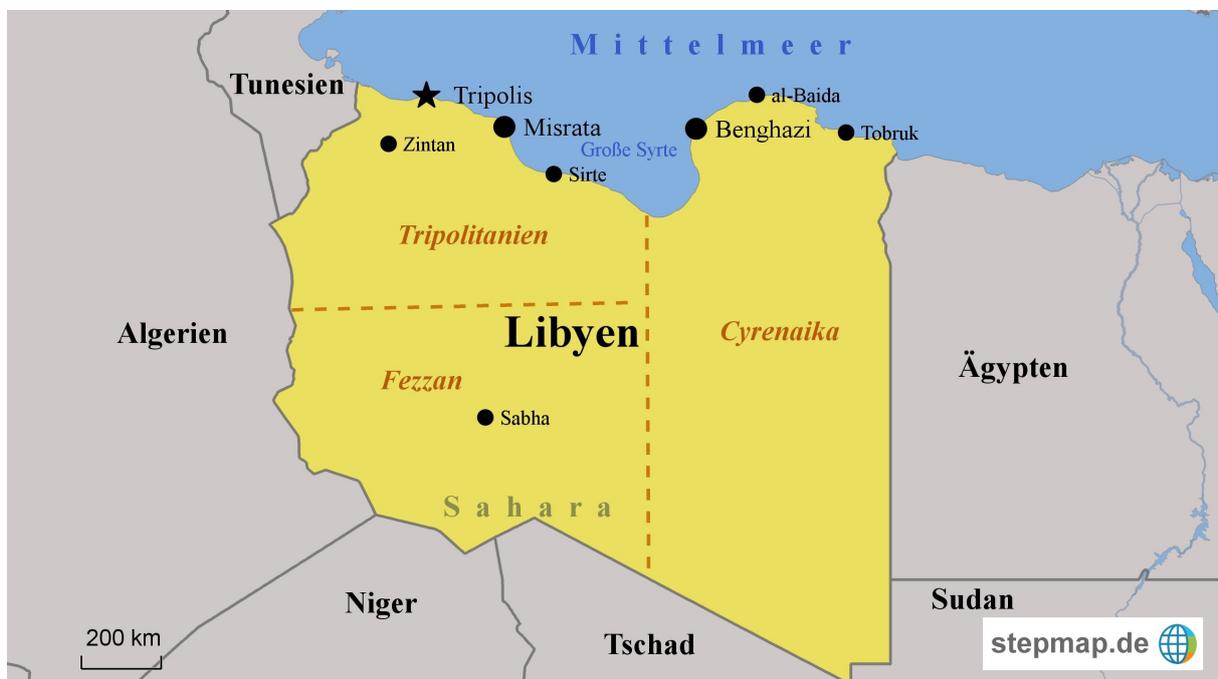


Abbildung 1: Eigene Darstellung, 2016

Erst in den letzten Jahrzehnten sind diese drei Teile durch den Ausbau der Infrastruktur zunehmend zu einem Land zusammengewachsen (Hottinger 2008: 250). Die meisten Libyer leben an dem verhältnismäßig schmalen Küstenstreifen zwischen der Cyrenaika und Tripolitanien, wobei in den letzten Jahrzehnten besonders die Städte Tripolis, Misrata und Benghazi einen starken Zuzug aus dem Landesinneren erlebten (Dittmann 2010: 257). De jure ist Tripolis die offizielle Hauptstadt des Landes, de facto sitzt das international anerkannte Parlament jedoch in Tobruk und die zugehörige Regierung in al-Baida. Die offizielle Amtssprache ist Arabisch, sie wird von der großen Mehrheit der Libyer auch als Alltagssprache verwendet (Meyers Großes Länderlexikon 2009: 388).

Libyen erlangte 1951 seine Unabhängigkeit und war bis 1969 ein Königreich unter König Idris I. als Staatsoberhaupt (Meyers Großes Länderlexikon 2009: 391). Von 1969 bis 2011 stand das Land unter der Herrschaft Gaddafis. In dieser Zeit baute er das politische System nach seinen Vorstellungen um. Mit dem Ende der Revolution im Oktober 2011 begann in Libyen die Phase des post-revolutionären Umbruchs. Seit Mitte 2014 ist das Land politisch faktisch zweigeteilt und es konkurrieren zwei unterschiedliche Parlamente und Allianzen um die Kontrolle und Vormachtstellung.

### **3 Struktur des Gaddafi-Systems**

Der Aufbau und die Struktur des Gaddafi-Systems haben die gesellschaftliche und politische Landschaft Libyens in hohem Maß geprägt. Besonders nach Gaddafis Tod wurden die Vermächtnisse seines Systems deutlich. Ein Blick auf dessen Kernelemente ist notwendig, um die Ereignisse im post-revolutionären Libyen nachvollziehen zu können.

Nach einem unblutigen Militärputsch im Jahr 1969 löste Gaddafi die Monarchie auf und begann mit dem Aufbau seiner Jamahiriya, die offiziell den Namen Sozialistische Libysch-Arabische Volksrepublik trug (Meyers Großes Länderlexikon 2009: 388). Nachdem Gaddafi in seinen Anfangsjahren einige Putschversuche überstehen musste, setzte er aus Misstrauen gegenüber der Armee bald eigene gut ausgebildete und loyale Volksmilizen zum persönlichen Schutz ein (Hartmann 2011: 253-254). Ab Anfang der 1970er Jahre propagierte Gaddafi die sogenannte Grüne Revolution. Hierbei hatte er sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, die wirtschaftliche Unabhängigkeit durch eine umfassende Erschließung und Nutzung der reichen Erdölreserven des Landes zu erlangen. Er verstaatlichte alle Banken und Erdölunternehmen und investierte die Einnahmen vor allem in den Ausbau der Infrastruktur, die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Implementierung einer umfassenden Grundschulausbildung sowie eine großzügige Kredit- und Darlehenspolitik (Dittmann 2013: 216; Joffe 2013: 31-32). Zudem baute er Wohnhäuser und subventionierte ausländische Importgüter, wodurch vor allem technische Geräte zu vergleichsweise niedrigen Preisen zu erwerben waren (Hottinger 2008: 254; Dittmann 2010: 258). Aufgrund dieser Maßnahmen erlangte Gaddafi zunächst eine breite Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung (Dittmann 2013: 216). Ideologisch entwickelte Gaddafi die sogenannte Dritte Universal-Theorie, die sich sowohl vom westlichen Kapitalismus als auch vom östlichen Sozialismus abgrenzen sollte und deren

Grundzüge er im Jahr 1975 in seinem Grünen Buch darlegte. Darin wurden „basisdemokratische Elemente, Sozialismus, Islam, Pan-Arabische Ideen und vor allem die beduinische Tradition des ‚Sich-Beratens‘ miteinander verwoben“ (Dittmann 2013: 216). Kern des Buches waren die sogenannten Volkskongresse und Volkskomitees, die laut Gaddafi das „einzige Mittel zum Erreichen einer Volksdemokratie“ seien (al-Gaddafi o.J.: 104). Sie würden ermöglichen, dass „sowohl die Verwaltung wie auch die Überwachung vom Volk aus[geht]“ und letztlich „alle diktatorischen Instrumente verschwinden“ (al-Gaddafi o.J.: 105). Durch Volksversammlungen auf verschiedenen Stufen – vom Basiskongress bis zum Allgemeinen Volkskongress – sollte sich das Volk schließlich selbst als Volk regieren (al-Gaddafi o.J.: 105; Hottinger 2008: 253). So proklamierte er sein System immer wieder als „Volksherrschaft“ innerhalb eines sogenannten *stateless state* (al-Gaddafi o.J.: 108; Joffé 2013 : 26).

De facto schloss dieses System allerdings sämtliche Stationen zwischen Basis und Regierung aus. Gaddafi stand dabei als „Revolutionsführer“ offiziell außerhalb der Regierung, wodurch er politisch unantastbar war (Dittmann 2013: 216). Die wenigen existierenden staatlichen Institutionen wurden regelmäßig durch Gaddafi untergraben. So gründete er 1977 sogenannte Revolutionskomitees, die vor allem aus getreuen Anhängern bestanden und weitreichenden Einfluss auf die politische Gesetzgebung und Verfahrensweise hatten. Diese Komitees setzten regelmäßig ungeschriebenes, „revolutionsschützendes“ Gesetz, das sogenannte *revolutionary law*, mithilfe von außergerichtlichen Methoden und Gewalt durch (Boduszynski und Pickard 2014: 290).

Den Jahrzehnte langen Erhalt seiner Macht festigte Gaddafi vor allem auf zweifache Weise: zum einen durch ein weitreichendes Verteilungssystem von Öl-Einnahmen an bedeutende Städte und Regionen sowie einflussreiche tribale Gemeinschaften<sup>2</sup>, wodurch er immer wieder deren Loyalität sicherstellen konnte (Boduszynski und Pickard 2014: 290); zum anderen durch einen umfassenden Überwachungsapparat und drakonische Strafen für seine politischen Gegner, vor allem unter denjenigen mit islamistischer Ausrichtung (Hottinger 2008: 254; Joffé 2013: 28; Lacher 2013: 17). Außerdem bestanden sein engster Vertrautenkreis sowie

---

<sup>2</sup> Durch die Verwendung des Begriffs Tribale Gemeinschaft distanziert sich der Verfasser dieser Arbeit von dem häufig synonym verwendeten Begriff „Stamm“, da dieser in der Vergangenheit (insbesondere während der Kolonialzeit) immer wieder in abwertender Weise gebraucht wurde, um afrikanische Volksgruppen als primitiv oder minderwertig zu kennzeichnen. Der Begriff Tribale Gemeinschaft wird im Kapitel 5.3 noch näher erläutert.

seine wichtigsten Delegierten vor allem aus Mitgliedern seiner Familie bzw. seiner eigenen tribalen Gemeinschaft, den Gaddhafa (Joffé 2013: 28; Hartmann 2011: 254).

#### **4 Chronologie seit dem Sturz Gaddafis**

Der nachfolgende Überblick der Ereignisse und Entwicklungen im post-revolutionären Libyen soll lediglich als Grundlage dienen, um spätere Kapitel richtig ein- bzw. zuordnen zu können. Spezifische Details und Hintergründe werden daher erst im späteren Verlauf der Arbeit genauer erläutert.

Der Tod Gaddafis am 20. Oktober 2011 markierte offiziell das Ende der Revolution. Drei Tage später leitete der Nationale Übergangsrat mit seiner Erklärung der „Befreiung Libyens“ offiziell die Phase des post-revolutionären Umbruchs ein (Mattes 2013: 31). Der Nationale Übergangsrat hatte während der Revolution die führende Rolle unter den revolutionären Kräften eingenommen und mit seiner Verfassungserklärung am 3. August 2011 die Ecksteine des anstehenden Übergangsprozesses festgelegt. Die Erklärung beinhaltete einen Zeitplan bis zu den ersten freien Wahlen und verschiedene Schritte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit (Mattes 2014: 86). Die ersten Monate nach der Revolution waren dennoch vor allem geprägt durch ein rasantes Auftreten zahlreicher neuer politischer Akteure und bewaffneter Milizen. Als der Nationale Übergangsrat die Kontrolle des Landes vorübergehend übernahm (bzw. übernehmen wollte), gab es in Tripolis keine staatlichen Institutionen und keine funktionierende Bürokratie mehr. Dieser Umstand beschränkte grundlegend die Möglichkeiten des Übergangsrates, vor allem bezüglich der Umsetzung von Reformen und der Bereitstellung von Dienstleistungen (Northern und Pack 2013: 142). Aufgrund der staatlichen Schwäche folgte in dieser Zeit eine weitgehende Zersplitterung der politischen Landschaft, wodurch vor allem lokale Strukturen an Bedeutung gewannen (Lacher 2013: 5-6). Immer wieder kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen verschiedenen revolutionären Milizen; dabei handelte es sich meist um Racheakte oder um Streitigkeiten über Einfluss und Ressourcen (Lacher 2013: 20).

Am 7. Juli 2012 fanden in Libyen mit der Wahl des Allgemeinen Nationalkongresses die ersten freien Wahlen des Landes statt. Nach der Wahl kam es allerdings aufgrund von langwierigen Verhandlungen zu Verzögerungen bei der Regierungsbildung. Am 14. November 2012 wurde schließlich ein neues Regierungskabinettt vereidigt. Eine zentrale Aufgabe der

neuen Regierung bestand darin, die Ausarbeitung und Annahme einer neuen Verfassung voranzutreiben, um das verfassungsrechtliche Vakuum und den institutionellen Wildwuchs in Libyen zu beenden (Lacher 2013: 7). Aufgrund von Uneinigkeiten bezüglich der zeitlichen und formellen Rahmenbedingungen des Verfassungsprozesses sowie der inhaltlichen Ausgestaltung blieb dieses Vorhaben letztlich ohne Ergebnis (Lacher 2013: 7).

Im Mai 2013 wurde nach monatelangen Diskussionen das „Gesetz des politischen Ausschlusses“ (Lacher 2013: 14) verabschiedet, welches ehemalige Funktionsträger unter Gaddafis Regierung künftig von führenden Positionen im neuen staatlichen System ausschließen sollte. Im Februar 2014 wählte der Allgemeine Nationalkongress ein eigenes Komitee zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, welches trotz der weiteren Entwicklungen aufgrund seiner politisch relativ neutralen Rolle bis heute besteht (Auswärtiges Amt 2015b). Als die Regierung kurz darauf entschied, die Scharia als Grundlage für die Erarbeitung der nationalen Gesetzgebung zu wählen, erklärte der damalige General der Zintan-Milizen Khalifa Haftar die Regierung für „ausgesetzt“ und initiierte in den folgenden Monaten immer wieder Angriffe auf Stellungen islamistischer Gruppen (anfangs v.a. in Tripolis und Benghazi) (Djukic und Centanni 2015). Seine Allianz schloss mehrere Bündnisse mit anderen Milizengruppen sowie Teilen der damaligen Armee und war ab Mai 2014 unter dem Namen Operation Ehre bekannt (Stocker 2014). In diesem Monat ließ Haftar vorübergehend das libysche Parlament besetzen und kündigte an, dass Land von „islamistischen Terroristen“ befreien zu wollen (Keilberth 2014). Als Reaktion auf diesen Zusammenschluss bildete sich im Sommer 2014 eine gegensätzliche Allianz, die sich Libysche Morgendämmerung nannte und aus relativ heterogenen Kräften (v.a. revolutionären Milizen, islamistischen Gruppierungen und verbliebenen Armeeeinheiten) bestand (Djukic und Centanni 2015; Lacher und Cole 2014: 50-51).

Am 25. Juni 2014 fanden die Wahlen für das neue Abgeordnetenhaus statt, das den Allgemeinen Nationalkongress offiziell ersetzen sollte (Djukic und Centanni 2015). Zwei Monate nach der Wahl hatte sich Libyen allerdings in zwei politische Lager aufgeteilt: in den „wiederbelebten“ Allgemeinen Nationalkongress auf der einen und in das neu gewählte Abgeordnetenhaus auf der anderen Seite. Beide Lager hatten ab August 2014 schließlich ein eigenes Parlament (das eine in Tripolis, das andere in Tobruk), jeweils eine eigene Regierung (in Tripolis bzw. in al-Baida) und jeweils eine eigene Milizenallianz (mit Libyscher

Morgendämmerung bzw. Operation Ehre) auf ihrer Seite (International Crisis Group 2015: 2; Lacher 2015b: 1-3). In der Folgezeit erlangte der sogenannte Neue Allgemeine Nationalkongress in Tripolis weitreichende Kontrolle über den Westen des Landes, das Abgeordnetenhaus in Tobruk über den Osten (Djukic und Centanni 2015). Sämtliche nationalen und internationalen Vermittlungsversuche sind bislang ohne durchschlagenden Erfolg geblieben (N-tv 2015; Khodr 2015). Das Verhandlungsziel der Vereinten Nationen (United Nations, UN) besteht seit der Spaltung des Landes darin, die Konfliktparteien zur Bildung einer nationalen Einheitsregierung zu bewegen (United Nations News Centre 2015). Bislang ist es in der Praxis nicht zur Bildung einer solchen Regierung gekommen.

## **5 Gründe für die post-revolutionären Entwicklungen**

### **5.1 Grundlage**

Die libysche Bevölkerung hatte sich 2011 in eine Revolution gewagt, „without any political experience, political culture or tradition of mass movements“ (Sawani 2013: 78). Nach dem Wegfall des einigenden Ziels – Gaddafi zu stürzen – begann sich die gesellschaftliche und politische Landschaft Libyens vor allem anhand von Herkunftsmerkmalen und Partikularinteressen auszudifferenzieren (Lacher 2015a: 37). Dabei dominierten einzelne Akteure und unbeständige Koalitionen die post-revolutionären Entwicklungen (Lacher 2013: 7). An die Stelle der Institutionen des alten Staates – Legislative und Justizsystem, Lokal- und Regionalverwaltung, Sicherheits- und Militärapparat – sind vielerorts temporäre und informelle Arrangements getreten. In vielen Bereichen bieten sie derzeit die einzige Grundlage für ein geregeltes Zusammenleben, bis eine neue Verfassung ausgearbeitet ist und permanente Institutionen geschaffen sind (Lacher 2013: 7).

Nach dem Ende der Revolution ist es nie zu einer nationalen Vergangenheitsbewältigung oder Aussöhnung zwischen den verschiedenen Konfliktparteien gekommen. Zwar setzte der Nationale Übergangsrat im Mai 2012 eine Kommission für Wahrheit und nationale Aussöhnung ein, allerdings beinhaltete das Gesetz keine konkreten Maßnahmen bezüglich einer eventuellen Strafverfolgung von Verantwortlichen. So blieb die Kommission nahezu tatenlos, was schließlich dazu führte, dass die Initiative für Vermittlung und Versöhnung zwischen diversen Konfliktparteien vor allem bei den Führern tribaler Gemeinschaften lag. Allerdings fehlte diesen Bemühungen oft die Rückendeckung durch die staatliche

Rechtssprechung und die Sicherheitskräfte, die die Vereinbarungen hätten stützen können. Daraus folgte, dass viele Abkommen bereits nach kurzer Zeit scheiterten (Lacher 2013: 32).

Anstelle einer umfassenden Aussöhnung wurde Libyen durch die Öffnung von Gaddafis Waffenarsenalen regelrecht mit „Waffen überschwemmt“, vor allem mit schwer zu kontrollierenden Kleinwaffen (Lacher 2015a: 37; Wulf 2012: 252). Dieser Umstand beförderte eine ganze Reihe von Entwicklungen, insbesondere die Ausbreitung der Milizen und den Aufstieg krimineller Banden bei gleichzeitiger Machtlosigkeit und Ohnmacht der staatlichen Gewalten.

Nachdem die Bruchlinie zwischen Revolutionären und (vermeintlichen oder tatsächlichen) ehemaligen Anhängern bzw. Mitarbeitern Gaddafis von Beginn des Umbruchs an bestanden hatte, wurde sie besonders bei der Debatte um das „Gesetz des politischen Ausschlusses“ (Lacher 2013: 14) deutlich. Dieses sah vor, sämtliche Staatsbedienstete des ehemaligen Gaddafi-Systems in Zukunft von führenden Positionen in Verwaltung, Politik, Wirtschaft und im Sicherheitsapparat auszuschließen. Das Gesetz wurde vor allem von islamistischen Gruppierungen (u.a. den Muslimbrüdern) und Abgeordneten aus revolutionären Hochburgen gefordert, die darin eine Möglichkeit sahen, politische Konkurrenten auszuschalten (Lacher 2013: 14). Sowohl von den meisten moderaten als auch den konservativen und konterrevolutionären Kräften, zu welchen vor allem diejenigen zählten, die sich mit Gaddafi arrangiert oder in seinem System gearbeitet hatten, wurde das Gesetz abgelehnt (Lacher 2013: 24; Sharqieh 2013: 13-14). Schließlich wurde es im Mai 2013 unter dem Druck einiger bewaffneter Milizen vom Allgemeinen Nationalkongress verabschiedet (Lacher 2013: 14). Einige außenstehende Beobachter warnten schon damals davor, dass das Gesetz zu ähnlichen Verhältnissen bzw. einer ähnlichen Spaltung des Landes führen könne wie im Irak, da dort ehemalige Mitglieder von Saddam Husseins Baath-Partei nach dessen Sturz in ähnlicher Weise von politischen Ämtern ausgeschlossen wurden (Sharqieh 2013: 13; Beck 2010: 3). Diese Vorhersage sollte sich etwa ein Jahr später durch das Entstehen der beiden unabhängigen politischen Lager bewahrheiten.

## **5.2 Konfliktlinien**

Auf den ersten Blick scheinen die Konfliktlinien in Libyen vor allem zwischen den islamistischen und säkularen sowie den revolutionären und konterrevolutionären Kräften zu

verlaufen. Diese zwei Konfliktlinien sind aufgrund der beiden politischen Lager am deutlichsten erkennbar und werden im nachfolgenden Kapitel 5.4 noch ausführlich erläutert. Andere relativ klar erkennbare Konfliktlinien verlaufen sowohl zwischen einigen tribalen Gemeinschaften als auch zwischen den Tubu und Tuareg des Landes. Die jeweils zugehörigen Hintergründe werden im Kapitel 5.3 noch näher erläutert.

Da die Gegebenheiten des Landes allerdings sehr komplex sind, kommen im post-revolutionären Libyen weitere Konfliktlinien hinzu. So gibt es zudem eine regionale Konfliktebene, bei der es vor allem um Auseinandersetzungen einzelner Städte (z.B. zwischen Zintan und Bani Walid) oder größerer Regionen (z.B. zwischen der Cyrenaica und Tripolitaniern) geht. Meist drehen sich diese Spannungen um den Zugang zu Ressourcen (v.a. Wasser und Öl) oder den Einfluss an politischer Mitbestimmung (z.B. durch Parlamentssitze oder staatliche Führungsstellen) und basieren auf jahrzehntelangen historischen Rivalitäten (Ostry 2014: 4).

Während des post-revolutionären Umbruchs wurde eine neue Konfliktlinie deutlich, welche zwischen älteren Kadern oder ehemaligen Veteranen und den neuen, meist jüngeren Milizanhängern bestand (Ostry 2014: 4). Diese generationsbezogene Konfliktlinie ist auch in einigen tribalen Gemeinschaften zu erkennen, insbesondere dort, wo junge und ambitionierte Persönlichkeiten traditionell nicht an der politischen Entscheidungsfindung teilhaben dürfen (Hüsken 2013: 226).

Eine weitere Konfliktlinie besteht laut Abdul Rahman al-Ageli, einem Mitbegründer des *Libyan Youth Forum*, außerdem in einer besonderen „social dynamic which is non-Bedouin Arab versus Bedouin Arab“ (al-Ageli 2015). Dabei bezieht er sich einerseits auf die Bewohner der peripheren Wüstenregionen (z.B. in Sabha, Ubari oder Al-Dschau) und andererseits auf die Bewohner der urbanen Zentren (z.B. in Tripolis, Misrata oder Benghazi).

Die Ereignisse und Auseinandersetzungen in Libyen können am ehesten erfasst werden, wenn die unterschiedlichen Konfliktlinien bei der Analyse nicht isoliert, sondern in größerem Zusammenhang betrachtet werden, denn es kommt vielfach zu Berührungen und Überschneidungen der einzelnen Konfliktlinien. Zudem sollte berücksichtigt werden, dass auch innerhalb bestimmter Gruppen eine beachtliche Heterogenität bzw. gewisse Konfliktlinien bestehen. Beispielsweise reicht das Spektrum „der Islamisten“ von der Muslimbruderschaft über Ansar Al-Sharia bis zu dem Islamischen Staat. Die Anhänger dieser

islamistischen Zusammenschlüsse bekämpfen sich jedoch aufgrund ihrer differierenden Interessen und Ideologien teilweise auch untereinander, weshalb bei solchen begrifflichen bzw. namentlichen Vereinheitlichungen Vorsicht geboten ist. Dennoch sind sie in dieser Arbeit unvermeidlich, um eine gewisse Klarheit und Eindeutigkeit bei den Beschreibungen zu erreichen. Da diese Vorsicht in ähnlicher Weise auch bei anderen Gruppen in Libyen geboten ist, wird in den nachfolgenden Kapiteln ein genauerer Blick auf die beteiligten Gemeinschaften, Gruppen und Akteure Libyens geworfen.

### 5.3 Bevölkerungsstruktur

Die Bevölkerung Libyens besteht zum deutlich überwiegenden Teil aus Arabern und arabisierten Berbern (Dittmann 2010: 257). Das Durchschnittsalter liegt aktuell bei ca. 28 Jahren, wobei knapp 45 Prozent der Libyer unter 25 Jahre alt sind. Die große Mehrheit der Bevölkerung (nach Schätzungen ca. 96 Prozent) besteht aus sunnitischen Muslimen, der restliche Teil gehört vor allem zum Christentum oder zur Glaubensgemeinschaft der Ibaditen (Central Intelligence Agency 2015).

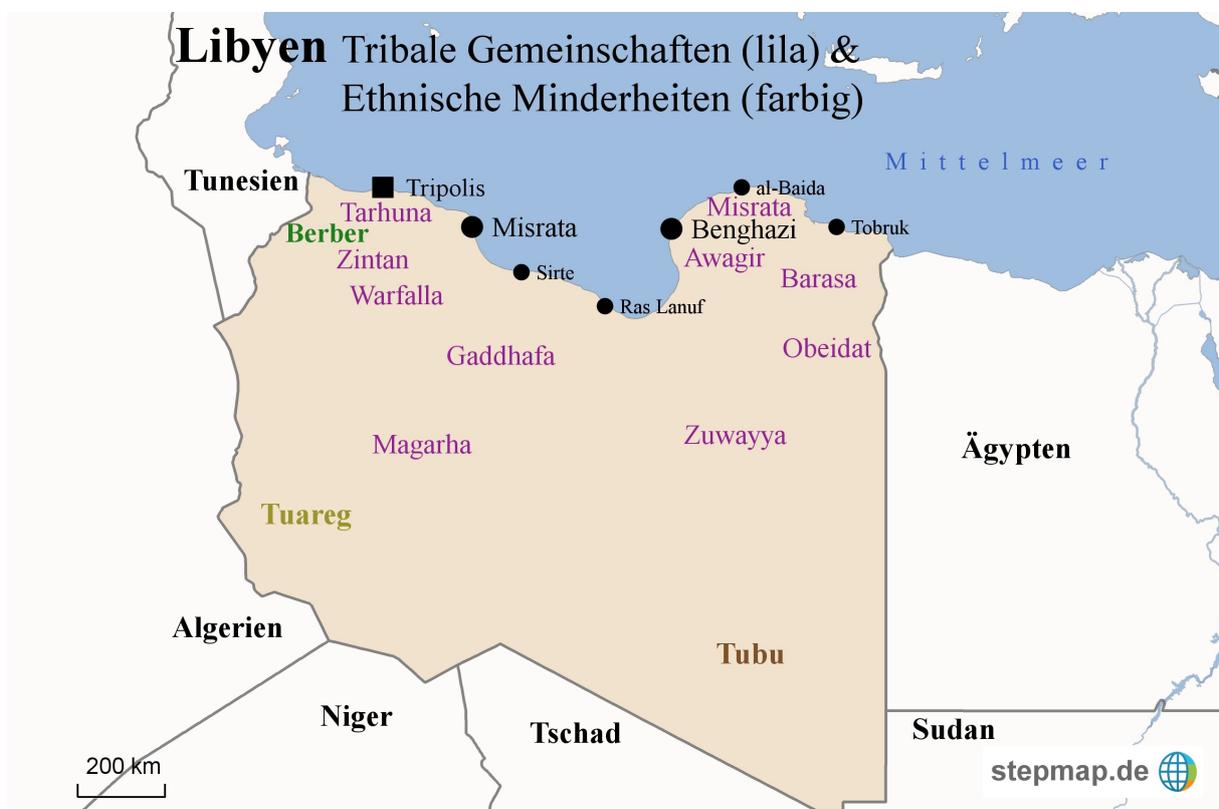


Abbildung 2: Eigene Darstellung, 2016

### *Tribale Gemeinschaften*

Tribale Gemeinschaften prägen seit langer Zeit das soziale und politische Zusammenleben in Libyen. Ihre Anzahl liegt bei etwa 140 verschiedenen Gemeinschaften (Hüsken 2013: 220). Obwohl knapp 80 Prozent der Einwohner Libyens mittlerweile in städtischen Gebieten wohnen, ist die tribale Zugehörigkeit für die meisten Libyer noch immer von zentraler Bedeutung (Sawani 2013: 60). Der Ethnologe und Libyen-Experte Thomas Hüsken erklärt diesbezüglich: „Tribalität ist die libysche Form der Zivilgesellschaft“ (Akrap Interview mit Hüsken 2011).

Die tribalen Gemeinschaften in Libyen konstituieren sich grundsätzlich aus einer spezifischen kulturellen Tradition und können als eine Art identitätsstiftende „Wir-Gruppe“ verstanden werden. Solche „Wir-Gruppen“ repräsentieren „specific ‚imagined communities‘ with particular sets of ideas, ethics, and norms, such as kinship (common origin), honor and shame, autonomy, equality, and solidarity“ (Hüsken 2013: 219). Sie bieten ihren Mitgliedern einen bestimmten sozialen Bezugsrahmen, welcher ihnen nicht nur aufzeigt, wo sie herkommen, sondern auch darlegt, wie sie sich verhalten sollen (Hüsken 2013: 220). Innerhalb dieses Bezugsrahmens kommt es durchaus zu Veränderungen und Erneuerungen, weshalb eine tribale Gemeinschaft nicht als feststehende und unveränderliche soziale Einheit betrachtet werden kann. Auch ist eine solche Gemeinschaft kein einheitlicher und homogener Akteur, sondern unterteilt sich wiederum in diverse Lineages, Klans und Großfamilien (Hüsken 2013: 220). In Libyen werden tribale Gemeinschaften in der Regel von einem Personenkreis geführt, der seine Legitimität z.B. aufgrund einer besonderen gesellschaftlichen Stellung oder durch die Versorgung der Gemeinschaft mit Arbeitsplätzen oder finanziellen Zuwendungen bezieht. Die Stärke der Bindung der Gemeinschaftsmitglieder zu ihrer tribalen Identität hängt dabei jeweils vom Kontext und der Situation der Menschen ab. In den gebildeten und wohlhabenden Milieus von Benghazi hat sich beispielsweise das tribale Zugehörigkeitsgefühl von „denoting a way of life in the past to marking an identity today“ verändert (Hüsken 2013: 219).

Tribale Gemeinschaften werden in vielen Ländern, z.B. im Jemen oder in Somalia, als kritische Akteure innerhalb staatlicher Gebilde gesehen und gelten oft „as competitors against the state or as agents of a ‚re-traditionalization of politics‘“ (Hüsken 2013: 218). In Libyen waren allerdings zahlreiche tribale Führer unter Gaddafi aktiv in die Prozesse des Staates

involviert. In seinen Volkskongressen waren sie vor allem als politische Vermittler zwischen regionaler und nationaler Ebene tätig. Zudem waren viele von ihnen im staatlichen Apparat Gaddafis angestellt, z.B. als Beamte im öffentlichen Dienst, Polizeioffiziere, Militärgeneräle oder Ingenieure im Öl-Sektor (Hüsken 2013: 222). In dieser Zeit lernten sie globale Modelle bürokratischer Organisation und moderner Staatlichkeit kennen (Hüsken 2013: 222). Das hierzu erforderliche „switching between different frames of reference“ wurde als besondere Fähigkeit verstanden, die es ermöglichte, die lokale Souveränität zu erhalten und eigene tribale Politikinteressen durchzusetzen (Hüsken 2013: 221). Allerdings hatte Gaddafi jahrzehntelang bestimmte tribale Gemeinschaften (u.a. die Gaddhafa, Warfalla, Magarha) bei der Verteilung von Öl-Einnahmen oder politischen Positionen bevorzugt. Zudem schürte er immer wieder gezielt Konflikte zwischen den Gemeinschaften und manipulierte sie für seine Zwecke (Sharqieh 2013: 35). Nach der Revolution traten diese alten Feindseligkeiten hervor und es kam zu zahlreichen gewaltsamen Vergeltungsaktionen der ehemals benachteiligten Gemeinschaften (Lacher 2013: 20).

Im post-revolutionären Libyen prägten die tribalen Gemeinschaften vor allem die Entwicklungen auf lokaler und regionaler Ebene. Bei Prozessen der politischen Entscheidungsfindung oder Konfliktbewältigung versammelten sich die jeweiligen männlichen Führungskräfte und trafen ihre Entschlüsse auf der Basis ihres spezifischen Gewohnheitsrechts sowie ihrer Interpretation der islamischen Scharia. Durch diese kulturell verwurzelte und relativ verlässliche Verfahrenspraxis wurde innerhalb der meisten tribalen Gemeinschaften für eine gewisse rechtliche Stabilität und Ordnung gesorgt (Hüsken 2013: 220-223). Einigen tribalen Führungskräften gelang es zudem, die grundlegende Versorgung ihrer Gemeinschaft mit Strom und Wasser sicherzustellen. In Bereichen wie Bildung oder Gesundheits- und Altersversorgung konnten staatliche Strukturen allerdings bisher nicht ersetzt werden (Akrap Interview mit Hüsken 2011).

### *Ethnische Minderheiten*

Die ethnischen Minderheiten Libyens besitzen ebenso wie die tribalen Gemeinschaften einen gemeinsamen sozialen Bezugsrahmen (mit eigenen Traditionen, Normen und Werten) und geben ihren Mitgliedern ein besonderes „Wir-Gefühl“, unterscheiden sich jedoch durch bestimmte Merkmale: die Berber besitzen u.a. eigene Glaubensvorstellungen (die ibaditischen

Lehren) und eine gemeinsame Sprache (Nafusi); die Tuareg besitzen ebenfalls eine eigene Sprache (Tamahaq/Tahaggart), außerdem verbindet sie ein länderübergreifendes Zusammengehörigkeitsgefühl (mit Tuareg-Gruppen in Mali, Niger und Algerien) sowie ein ausgeprägtes, immer wieder aufkommendes secessionistisches Bestreben; die Tubu pflegen ebenfalls enge grenzüberschreitende Verbindungen (v.a. mit Tubu-Gruppen aus dem Chad, Niger und Sudan), haben vergleichbare, signifikante Bestrebungen nach größerer Autonomie für ihre Gebiete und heben sich ebenfalls durch eine gemeinsame Sprache (Tedaga) hervor (Joffé 2013: 37; Smith 2013: 178-184; Ethnologue 2015a; Ethnologue 2015b).

Nach der Revolution haben sich unter den Vertretern aller drei Gruppen Institutionen gebildet, die darauf abzielten, die intern divergierenden Interessen zusammenbringen und zu kanalisieren: „die Nationale Tubu-Versammlung, der Rat der Tuareg-Stammesführer, und die Vereinigung der Räte der Nafusa-Berge“ (Lacher 2013: 23). Dabei haben die ethnischen Minderheiten vor allem Forderungen nach mehr Autonomie für ihre Gebiete, den Schutz ihrer Rechte und die Förderung ihrer kulturellen Identität sowie politische Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten diskutiert (Lacher 2013: 22-23; Lacher und Labnouj 2013: 283).

Während Gaddafis Herrschaft waren alle drei ethnischen Minderheiten wirtschaftlich und politisch weitestgehend marginalisiert, und ihre Mitglieder besaßen in seiner *Jamahiriya* nur selten eine offizielle Staatsbürgerschaft (Lacher 2013: 23; Smith 2013: 176-184). Dennoch heuerte Gaddafi seit etwa 1980 vor allem Mitglieder der Tuareg für seine Sicherheitskräfte an, was im post-revolutionären Libyen zu dem Vorwurf führte, „the Tuareg as a community were [Gaddafi-]’loyalists““ (Smith 2013: 184). Diese stark verengte Sichtweise entspricht jedoch nicht den komplexen und kontroversen Verbindungen der Tuareg mit dem Gaddafi-Regime, zumal sie (die Tuareg) von der weitreichenden politischen Ausgrenzung in ähnlicher Form betroffen waren wie die Tubu oder Berber (Smith 2013: 184-185). Dennoch mag diese äußere Wahrnehmung ein Grund gewesen sein, warum es im post-revolutionären Libyen zu zahlreichen Kämpfen zwischen Tubu und Tuareg gekommen ist. Hinzu kamen Konflikte über den Zugang zu Schmuggelrouten und Ressourcen (Murray 2015). Seit November 2015 gilt nun ein Friedensabkommen zwischen den beiden Gruppen (Libya’s Channel 2015a). Auf politischer Ebene stehen die Tuareg und ein Großteil der Berber derzeit dem Neuen Allgemeinen Nationalkongress in Tripolis näher, die Tubu und die Berber aus Zintan

unterstützen hingegen mehrheitlich das Abgeordnetenhaus in Tobruk (Pène 2015; Aljazeera 2014).

## 5.4 Politische Schlüsselakteure

### *Zwei „Parlamente“, zwei Allianzen*

Als grundsätzlicher Ausgangspunkt für die politische Zweiteilung des Landes gelten die Entwicklungen nach den Parlamentswahlen des Abgeordnetenhauses im Juni 2014. Von besonderer Bedeutung waren dabei der Ausgang der Wahl und der Sitz des zukünftigen Parlaments.

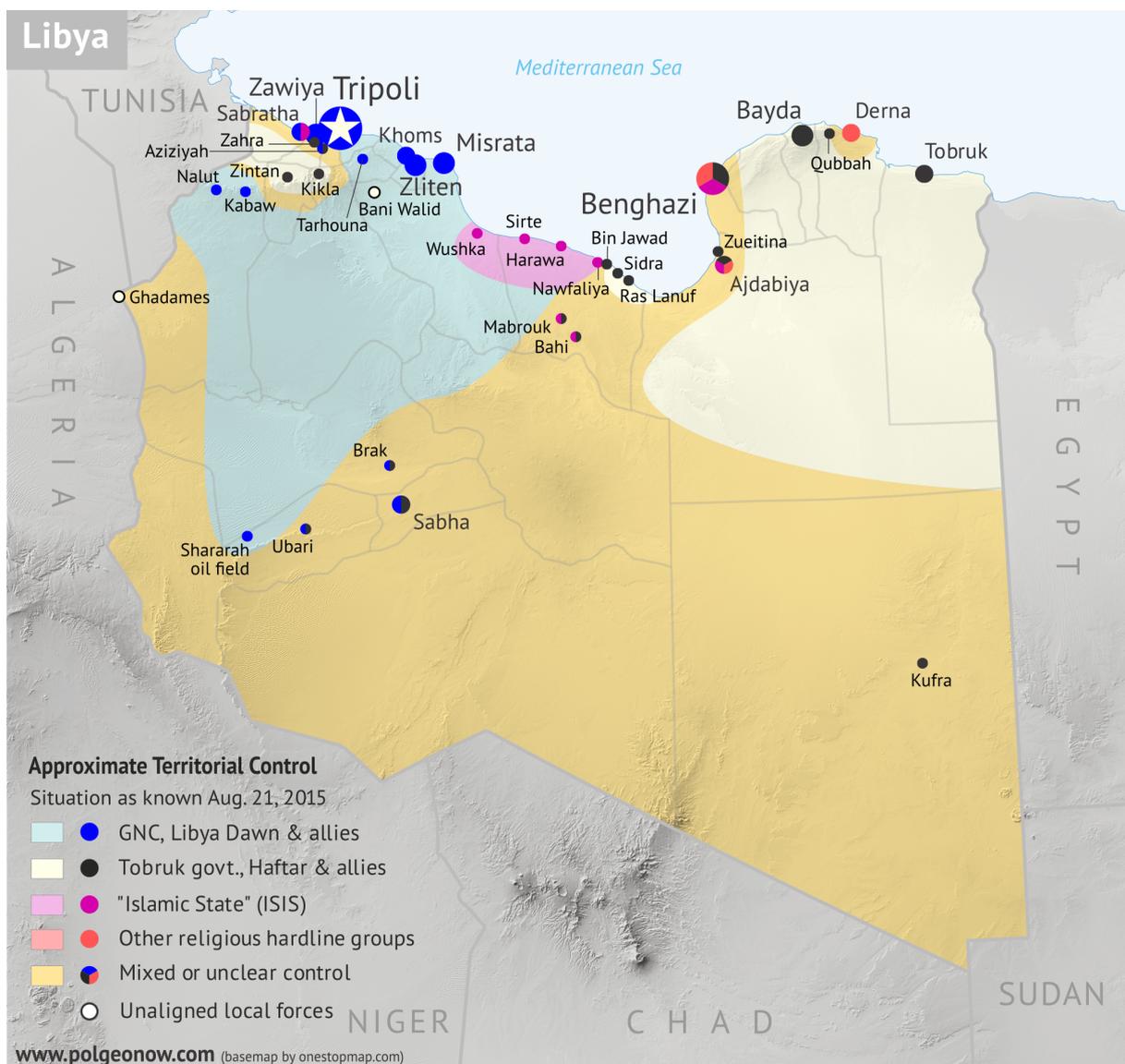


Abbildung 3: Evan Centanni, Political Geography Now (www.polgeonow.com), 2015

Nachdem der Allgemeine Nationalkongress (August 2012 bis Juni 2014) noch zu einem bedeutenden Anteil aus islamistischen Repräsentanten bestanden hatte, waren die Islamisten nach den Wahlen für das Abgeordnetenhaus in einer relativ unbedeutenden Minderheit. Nur kurze Zeit nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Juli 2014 zogen verschiedene islamistische und revolutionäre Milizen der Allianz Libysche Morgendämmerung in Tripolis ein. Sie erlangten gewaltsam die Kontrolle über den dortigen Flughafen (den bis dahin General Haftars Operation Ehre kontrolliert hatte) und beherrschten im August weite Teile der Hauptstadt (Auswärtiges Amt 2015b; Ostry 2014: 3-4). Anschließend sprachen sie wiederholt Drohungen gegenüber politischen Gegnern aus und begingen Racheakte an rivalisierenden Kämpfern (Stephen 2014).

Zeitgleich entstand unter den neu gewählten Vertretern im Abgeordnetenhaus ein Konflikt über den Sitz ihres zukünftigen Parlaments. Anfang Juli 2014 hatten sich die Abgeordneten noch auf Benghazi als zukünftigen Parlamentssitz geeinigt. Kurze Zeit später waren einige von ihnen allerdings der Meinung, die dortige Sicherheitslage ließe einen Umzug nach Benghazi nicht mehr zu. Da ein Verbleib in Tripolis wegen der bestehenden Sicherheitsrisiken durch den Einzug von Libysche Morgendämmerung ebenfalls ausgeschlossen wurde, fiel die Entscheidung des neuen Tagungsorts auf das weiter östlich liegende Tobruk (International Crisis Group 2015: 2; N-tv 2014). Tobruk stand unter der Kontrolle von Haftars Operation Ehre, die dort seit Mai 2014 eine Militärbasis unterhielt (Djukic und Centanni 2015). Ob und inwiefern der geplante Umzug nach Tobruk rechtmäßig oder unrechtmäßig war, ist bis heute umstritten.

Mindestens 22 Abgeordnete boykottierten das Vorhaben und deklarierten die Vorgängerinstitution, den Allgemeinen Nationalkongress, als nach wie vor einzig legitimes Parlament von Libyen. Als Grund nannten sie zum einen das Fehlen einer offiziellen Übergangszeremonie in Tripolis, zum anderen die Rechtswidrigkeit des geplanten Umzugs nach Tobruk (Ostry 2014: 2; International Crisis Group 2015: 2-3). Einige Beobachter sowie Unterstützer des neuen Abgeordnetenhauses behaupteten daraufhin, der Disput über dessen Sitz hätte den islamistischen Abgeordneten lediglich als Vorwand gedient, weil diese ihr schlechtes Wahlergebnis nicht akzeptieren und den Verlust an zukünftigem Einfluss nicht hinnehmen wollten (International Crisis Group 2015: 2-3). Von nun an spaltete sich die politische Landschaft Libyens in zwei unterschiedliche politische Lager. Auf der einen Seite standen

diejenigen, die den Umzug des Parlaments ablehnten und nach wie vor den Allgemeinen Nationalkongress als einzig legitimierte Institution betrachteten, auf der anderen Seite diejenigen, die den Umzug befürworteten und das Abgeordnetenhaus als rechtmäßige Volksvertretung ansahen (International Crisis Group 2015: 2-3).

Der wiedereinberufene Allgemeine Nationalkongress in Tripolis, dem über 80 der ehemals 200 Mitglieder allerdings fern blieben, wurde anschließend als Neuer Allgemeiner Nationalkongress bezeichnet (International Crisis Group 2015: 3). Seine zurückgekehrten Mitglieder bestimmten eine „Regierung der nationalen Rettung“ (Auswärtiges Amt 2015b) und sicherten sich die militärische Unterstützung der Allianz Libysche Morgendämmerung. Diese hatte sich zuvor vor allem aus einem heterogenen Verbund westlibyscher Milizen zusammengesetzt. Darunter waren revolutionäre Brigaden (v.a. aus Misrata, Zawiya und Tripolis), verschiedene islamistische Gruppierungen (u.a. die Muslimbruderschaft und Ansar al-Sharia), Teile von ehemaligen Armeeeinheiten (diejenigen, die sich zuvor nicht hatten Haftars Operation Ehre anschließen wollen) und einige Truppenverbände der Berber (Lacher 2015b: 1-3). Die verbindende Pflicht ist darin gesehen worden, „die Revolution von 2011 gegen die Rückkehr des alten Regimes [zu] verteidigen“ (Lacher 2015b: 3).

In seiner damaligen Form existiert Libysche Morgendämmerung heute allerdings nicht mehr und es besteht vielerorts Uneinigkeit über die militärische Vorgehensweise sowie die politischen Voraussetzungen für Verhandlungen (Wehrey und Lacher 2014). Einige führende politische Vertreter haben sich mittlerweile von den revolutionären und islamistischen Hardlinern in der Allianz distanziert. Es bleibt jedoch ein harter Kern, der noch immer großen Einfluss auf den Neuen Allgemeinen Nationalkongress hat und wiederholt für das Scheitern von Verhandlungen verantwortlich gemacht wurde (Lacher 2015b: 3). Dieser Kern bekräftigt stets, dass das Abgeordnetenhaus in Tobruk aus Anhängern des Gaddafi-Regimes bestehe und General Haftar eine neue diktatorische Herrschaft anstrebe. So sagt ein Milizen-Anführer von Libysche Morgendämmerung: „We are still fighting Gaddafi [...] He is gone but his men, and his system, are not“ (Sherlock 2015a).

Das im ostlibyschen Tobruk tagende Abgeordnetenhaus, dem knapp 50 der 188 Mandatsträger nach dessen Umzug fernblieben, hatte aufgrund der Wahlen von vielen Ländern internationale Anerkennung erhalten und in al-Baida ebenfalls eine eigene Regierung eingesetzt. Hauptsächlich bestand es von nun an aus drei Gruppen von Repräsentanten: Abgeordneten

mit säkularer Weltanschauung, Vertretern mit föderalistischen Zielen und Staatsfunktionären des ehemaligen Gaddafi-Systems (Toaldo 2015b; International Crisis Group 2015: 2-7). Nach seinem Umzug hatte das Abgeordnetenhaus außerdem ein militärisches Bündnis mit General Haftars Operation Ehre geschlossen. Dieser kontrollierte mittlerweile wesentliche Teile der früheren Armee (u.a. die Luftwaffe) und eine bedeutende Anzahl von, zumeist ostlibyschen, Milizenverbänden (Cristiani 2014: 17-18; Wehrey und Lacher 2014).

Nach diesem Zusammenschluss gelang es Haftar allerdings nicht, alle bewaffneten Verbände, welche sich mit dem Abgeordnetenhaus assoziiert hatten, unter seine Kontrolle zu bringen. So folgten beispielsweise die Verbände der Tubu im Süden oder die Einheiten der Warshafana in Tripolitanien eher den Anweisungen von lokalen Entscheidungsinstanzen (Lacher 2015b: 1-3). Das erklärte Ziel von Haftars Operation Ehre war von Anfang an die „Bekämpfung des Terrorismus“ (Lacher 2015a: 52). Dabei machte er bezüglich ideologischer Differenzen, ob Muslimbruderschaft, Ansar al-Sharia oder Islamischer Staat, grundsätzlich keine Unterscheidung (Cafiero und Wagner 2015) und erklärte: „Letztlich stehen sie alle für das Gleiche“ (Hackensberger 2015). Entsprechend bezeichnet er seine Gegner ausnahmslos als „Terroristen“ und sieht für sie „nur drei Möglichkeiten: ,Tod, Vertreibung aus dem Land oder Gefängnis““ (Ostry 2014: 3). Im Abgeordnetenhaus wird Haftars kompromissloser Kurs keinesfalls von allen Mitgliedern unterstützt (Bauer 2015: 7). Allerdings konnten sich die Abgeordneten auch in vielen anderen Fragen bisher nicht einigen, z.B. in Bezug auf die Voraussetzungen für die Teilautonomie einzelner Regionen oder die Bedingungen für die Bildung einer nationalen Einheitsregierung (Bauer 2015: 8).

### *Regionale Kräfte: Lokalräte und Milizen*

Seit dem Ende der Revolution zerfiel Libyen in einen „Flickenteppich lokaler Einflussphären“ (Lacher 2015b: 1). Zahlreiche politische Akteure organisierten sich auf lokaler oder regionaler Basis. Die Gründe hierfür liegen „einerseits im Verlauf des Bürgerkriegs [und insbesondere im Mangel an staatlichen Strukturen], andererseits in der Stärke von lokalen und tribalen Loyalitäten“ (Lacher 2013: 17). So entstanden zivile Lokalräte und bewaffnete Milizenverbände anhand ihrer urbanen, tribalen oder ethnischen Zugehörigkeit. Häufig lag das Augenmerk zunächst darauf, den Schutz und die Versorgung der eigenen Gemeinschaft sicherzustellen (Lacher 2013: 17-18). Später entwickelte sich in

einigen Regionen jedoch die Befürchtung, der neu gewonnene Einfluss und die zugehörigen Ressourcen könnten wieder verloren werden. Dies erschwerte wesentlich die späteren Verhandlungen untereinander (Northern und Pack 2013: 142).

Die Lokalräte sind vielerorts zu einer zentralen Entscheidungsinstanz und zu einem wichtigen Forum örtlicher Politik geworden. Sie gelten als Hauptrepräsentanten lokaler Interessen auf nationaler Ebene. Allerdings variiert ihre Legitimitätsgrundlage und Organisationsform von Region zu Region. Einige wenige Gemeinden und Städte (z.B. Misrata) hatten auf Eigeninitiative nach der Revolution lokale Wahlen abgehalten. Zahlreiche tribale Führungskräfte hatten sich bereits in Gaddafis Volkskongressen institutionell organisiert und nutzten diese Erfahrungen als Grundlage für die neuen Strukturen ihrer Lokalräte. Besonders in den Hochburgen der Revolution (u.a. in Benghazi, Misrata, Zintan, Zawiya) bildeten sich früh lokale Strukturen, die zivile Bürgerkomitees und militärische Brigaden miteinander verknüpften. Als einige Milizen dieser Städte Racheakte an früheren „Regimeloyalisten“ begangen, deren Städte plünderten und Bewohner vertrieben (v.a. in Bani Walid, Sirte, Tawergha), bildeten sich auch dort verstärkt lokale Strukturen, um für eine bessere Verteidigung und größere Sicherheit zu sorgen (Lacher 2013: 17-18). Oft engagierten sich die Lokalräte für das Schlichten von Konflikten (z.B. um Landbesitz) und das Aushandeln von Waffenstillstandsabkommen (Lacher und Labnouj 2013: 280). Dabei wurden lokale Konflikte allerdings häufig eher eingefroren als dauerhaft gelöst (International Crisis Group 2012).

Zahlreiche Milizen vergrößerten sich erst nach Ende der Revolution maßgeblich oder bildeten sich neu (Anderson 2015: 87-89). Viele Libyer sahen dies aufgrund der schwachen oder nicht vorhandenen staatlichen Institutionen als notwendig an (International Crisis Group 2013: 19-20). Einige Milizen entstanden aus kleineren Stadtteilbrigaden, die lediglich um den Schutz ihrer Stadtviertel bemüht waren (Gerlach 2012: 91-92), andere vergrößerten sich, weil der Nationale Übergangsrat Anfang 2012 vorübergehend beschlossen hatte, die Milizen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit mit finanziellen Leistungen zu unterstützen (Shuaib und Al-Shalchi 2012). So meldeten sich zahlreiche junge Männer bei den Milizen-Einheiten, um an eine neue Einkommensquelle zu gelangen, und es entstand eine „regelrechte Milizen-Konjunktur“ (Ostry 2014: 5).

In vielen Teilen Libyens übernahmen die Milizen die Aufgaben der Polizei und bewachten beispielsweise öffentliche Einrichtungen oder regelten den Verkehr. Dies funktioniert bis

heute allerdings nur in „relativ homogenen sozialen Einheiten, wo die Milizen [...] [über] tiefreichende gesellschaftliche und tribale Verankerungen verfügen“ (Ostry 2014: 5). In heterogenen sowie strategisch wichtigen und somit auch konfliktreichen Regionen wie Tripolis oder Benghazi entwickelten sich die Milizen schnell zu kämpfenden Einheiten, die ihre eigenen politischen, ideologischen oder kriminellen Agenden verfolgten (Ostry 2014: 5). Diese Milizen sind in der Regel solange nicht dazu bereit, ihre Waffen niederzulegen, bis sie ihre jeweiligen Interessen gesichert haben (Northern und Pack 2013: 140).

In jüngerer Zeit hat der von den Vereinten Nationen geleitete mehrgleisige Dialogprozess eine Zersplitterung innerhalb der beiden großen politischen Allianzen (um Tobruk bzw. Tripolis) befördert. Er hat die Vertreter bewaffneter Milizen sowie lokaler Räte dazu gedrängt, eine eigene Position zu beziehen und sie so ermutigt, sich nicht mehr von den jeweiligen Parlamenten repräsentieren zu lassen (Lacher 2015b: 3).

### *Islamistische Gruppierungen*

Islamismus lässt sich grundsätzlich definieren „as support for the introduction of Islamic tenets into political life through the implementation of *sharia*, the moral and legal code derived from the Qur’an and examples of the prophet Muhammad’s life by religious scholars“ (Fitzgerald 2013: 177). Diese Definition ermöglicht es, Bewegungen und Individuen, die nach diesem Ziel streben, als Islamisten einzuordnen (Fitzgerald 2013: 177). Der ehemalige Leiter des *shura*-Rats (des beratenden Rats) der Muslim Bruderschaft Alamin Bilhadj lieferte 2011 folgende Definition: „To be Islamist is to believe that everything, including politics and economics, should be according to Islam“ (Fitzgerald 2013: 178). Die Unterschiede innerhalb der Islamisten ergeben sich vor allem aus den verschiedenen Vorstellungen von der korrekten Auslegung des Korans und den entsprechend angebrachten Maßnahmen, mit der diese verfolgt bzw. umgesetzt werden (sollten). Die hierzu bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind der wesentliche Grund, weshalb im post-revolutionären Libyen unterschiedliche islamistische Gruppierungen entstanden, die bis heute jeweils eigene ideologische und politische Agenden vertreten sowie kampfbezogene Schritte verfolgen.

Islamistische Gruppierungen haben ihre Einflussbereiche im post-revolutionären Libyen bislang kontinuierlich ausdehnen können. Dies liegt zum einen daran, dass islamistische Strömungen vor allem in einigen Küstenstädten gesellschaftlich tief verwurzelt sind und

verschiedene Gruppierungen dort seit der Revolution nach und nach ihre Strukturen aufbauen konnten; zum anderen daran, dass die zahlreichen politischen Auseinandersetzungen und bewaffneten Konflikte noch immer andauern und es für islamistische Gruppen relativ leicht war, die daraus resultierenden Machtvakuen zu besetzen (Lacher 2015a: 52; Fitzgerald 2015). Auf dieser Grundlage haben islamistische Gruppierungen nach der Revolution insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene an Bedeutung gewonnen (Lacher 2015a: 33). Die meisten von ihnen übernahmen „quasistaatliche Aufgaben“ (Lacher 2015a: 33) und waren zunächst bemüht, in ihrem jeweiligen Einflussgebiet Ordnung zu schaffen und Sicherheit zu garantieren, meist durch den Einsatz von Scharia-Gerichtshöfen und -Milizen (Boduszynski und Pickard 2014: 290; Lacher 2015a: 33-44).

Einige Gruppen, v.a. die Muslimbruderschaft, verfolgten daraufhin die Strategie, offen in der Mitte der Gesellschaft zu agieren und mit dem Organisieren öffentlicher Veranstaltungen sowie der Bereitstellung von Sozialleistungen und Wohlfahrtsdiensten (Sawani 2013: 75; Benotman/Pack/Brandon 2013: 217-218; Lacher 2015a: 33), „ein positives oder zumindest ambivalentes öffentliches Image zu kultivieren“ (Lacher 2015a: 33). Andere Gruppen, insbesondere der libysche Ableger des Islamischen Staats, setzten bei der Erweiterung ihres Einflusses vor allem auf ideologische Propaganda sowie gezielte Einschüchterung, Gewaltanwendung und Bestrafung (Cafiero und Wagner 2015; Gehlen 2015).

Die meisten islamistischen Gruppen, u.a. Ansar al-Sharia, bedienten sich letztlich beider Strategien, um der Realisierung ihrer Interessen näher zu kommen. Ansar al-Sharia war beispielsweise im lokalen Kontext zum einen als gemeinnützige Organisation bekannt, die die Sicherung von Krankenhäusern, Kampagnen zur Straßenreinigung oder Initiativen gegen Drogenkonsum veranlasste, zum anderen für Mordanschläge bzw. -aufrufe und öffentliche Hinrichtungen verantwortlich (Lacher 2015a: 41-44; United Nations Support Mission in Libya 2014). Einen besonderen Zuwachs an Einfluss- und Kontrollgebieten konnte der Islamische Staat seit seinem Auftreten Ende 2014 erlangen, insbesondere in bzw. nahe den islamistischen Hochburgen Sirte, Derna und Benghazi (Lacher 2015b: 5; Toaldo 2015b). Mittlerweile versuchen verschiedene Milizen (nicht nur von Haftars Operation Ehre, sondern auch von Operation Morgendämmerung), die weitere Ausdehnung des Islamischen Staats zu stoppen (Global Centre for the Responsibility to Protect 2015).

## **6 Zentrale Probleme im heutigen Libyen**

Libyen steht im Fragile State Index in der Kategorie „Most Worsened 2014 to 2015“ von 178 Staaten weltweit auf Rang 2 (Fund for Peace 2015). Diese Einstufung macht deutlich, dass das Land derzeit mit zahlreichen Problemen konfrontiert ist.

### **6.1 Politisches und Rechtliches Vakuum**

Der Zusammenbruch des Gaddafi-Systems und die bisherigen post-revolutionären Entwicklungen haben zu einem politischen und rechtlichen Machtvakuum in Libyen geführt, welches lediglich auf lokaler und regionaler Ebene ausgefüllt worden ist. Auf nationaler Ebene ist derzeit kein politischer Akteur vorhanden, der eine Mehrheit im libyschen Volk hinter sich hat oder in der Lage ist, die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet auszuüben. Landesweit gibt es daher keinen gemeinsamen Sicherheitsapparat, keine verbindliche Verfassung und kein einheitliches Justizsystem. Da diese primären staatlichen Strukturen fehlen, existiert in Libyen derzeit weder ein zentrales Gewaltmonopol noch eine einheitliche Strafverfolgung, was in vielen Teilen des Landes zu einer „Kultur der Gewalt und Straffreiheit“ (Hofmann 2015) führt.

Durch das Fehlen eines staatlichen Gewaltmonopols wird der Sicherheitssektor mittlerweile von den zahlreichen post-revolutionären Milizen dominiert, die allerdings höchstens im regionalen Umfeld für Stabilität und Sicherheit sorgen können. Dabei sind untereinander ausgehandelte Waffenstillstände und Friedensabkommen häufig fragil, wenn keine neutrale und fähige Instanz vorhanden ist, die die Vereinbarungen durchsetzen und anschließend überwachen kann. Zudem gibt es in Libyen derzeit keine allgemein akzeptierte Gewalt, die die Milizen-Einheiten daran hindern könnte, „to target foes and settle scores; battle for political and economic influence; evade accountability; and entrench geographic and community rivalries“ (International Crisis Group 2012).

Das staatliche Justizsystem, das schon in den ersten Jahren des post-revolutionären Libyens weitestgehend mit seinen Aufgaben überfordert war, ist mit der politischen Spaltung des Landes vollständig zusammengebrochen. Zwar werden Verbrechen und Konflikte vor allem auf lokaler Ebene von örtlichen Richtern und Gerichtshöfen bearbeitet, in zahlreichen Regionen sind diese jedoch immer wieder Drohungen und Angriffen bewaffneter Akteure ausgesetzt und dadurch oftmals handlungsunfähig (Lacher 2013: 8; Amnesty International

2015). Die Opfer von Verbrechen und Gewalttaten, bzw. deren Angehörige, können sich durch Gerichte vielerorts kein Recht verschaffen, weshalb einige von ihnen schließlich zu Selbstjustiz greifen und somit weiter zur Eskalation beitragen (Lacher 2013: 31).

Ein weiteres grundsätzliches Problem besteht darin, dass die Aushandlung der post-revolutionären Ordnung von einigen Akteuren noch immer als „Nullsummenspiel“ verstanden wird, in dem einzelne Städte, Gemeinden, Gruppen und Lager „so viel an Macht gewinnen, wie andere verlieren“ (Lacher 2013: 26). Ein solches Verständnis führt dazu, dass noch immer viele politische Vertreter und Milizenführer den Kampf als bevorzugtes Mittel der Wahl sehen, um die eigene Stellung zu stärken und die eigenen Ziele zu erreichen. Dabei profitieren sie von den fehlenden staatlichen Strukturen, weshalb sie oftmals nicht an Friedensverhandlungen oder der Bildung einer Einheitsregierung interessiert sind (International Crisis Group 2015: 12). Einige Hardliner sind überzeugt, „[that] they need to create facts on the ground“ (International Crisis Group 2015: 16), um internationale Anerkennung zu erlangen und bei späteren Verhandlungen eine bessere Ausgangsposition zu besitzen. So scheint General Haftar der Auffassung zu sein, „that he can make greater gains through warfare than diplomacy“ (Cafiero und Wagner 2015). Und der Präsident der im Februar 2014 gebildeten Verfassungskommission, Ali Tarhouni, erklärt: „Die militärische Situation muss sich entwickeln, bevor die Bedingungen reif sind für einen Dialog“ (Anderson 2015: 97).

Die politische und rechtliche Lage im post-revolutionären Libyen hatte zur Folge, dass es zu unzähligen Verbrechen, Gewalttaten und Verletzungen des humanitären Völkerrechts bei weitgehender Straffreiheit kam. Dazu gehörten unter anderem Vertreibungen und Verwüstungen, Entführungen und Geiselnahmen, Misshandlungen und Folter sowie außergerichtliche Exekutionen und politische Mordanschläge, wovon besonders Abgeordnete der Parlamente, tribale Führer, Aktivisten der Zivilgesellschaft, Journalisten, Richter, Sicherheitskräfte und (vermeintliche oder tatsächliche) Gaddafi-Anhänger betroffen waren (Amnesty International 2015; Human Rights Watch 2014; United Nations Support Mission in Libya 2014: 2-9; Ostry 2014: 6).

## **6.2 Wirtschaftliche Schwächen und Abhängigkeiten**

Libyens Wirtschaft wandelte sich in den Jahrzehnten unter Gaddafi von einer autarken Gesellschaft zu einer Importnation (Dittmann 2010: 256) und gehört heute „[to] one of the

least-diversified economies in the world“ (St. John 2013: 92). Trotz zahlreicher Bemühungen um eine Diversifizierung der Wirtschaft hingen 2010 etwa 95 Prozent aller Wirtschaftsaktivitäten mittelbar oder unmittelbar mit der Weiterverarbeitung oder dem Export von Erdöl zusammen, was zuvor zu einer starken Vernachlässigung sämtlicher anderer Wirtschaftsbereiche geführt hatte (Dittmann 2010: 257). Ein weiteres Vermächtnis aus der Gaddafi-Zeit ist die weitreichende Ausbreitung von Korruption, Nepotismus und Misswirtschaft im post-revolutionären Libyen (St. John 2013: 93-94). So gibt es im gegenwärtigen institutionellen Chaos zahlreiche Möglichkeiten, Zahlungen zu manipulieren oder zu unterschlagen (Lacher 2013: 34). Zudem führen die andauernden Konflikte in Libyen vielerorts zu einer Blockade der Öl-Förderanlagen und insgesamt zu einer erheblich reduzierten Gesamtfördermenge (Ostry 2013: 3). Immer wieder besetzen bewaffnete Gruppen Ölfelder, Raffinerien und Exportterminals und bringen den dortigen Betrieb zum Erliegen, in der Regel, um bestimmte Forderungen durchzusetzen oder Schutzgeld zu erpressen (Lacher 2013: 34).

Es gibt allerdings weitere wirtschaftliche Probleme, die die Entwicklungen im post-revolutionären Libyen maßgeblich erschweren: etwa eine Millionen Arbeitskräfte hatten Ende 2011 das Land verlassen (Seeberg 2014: 126); in zahlreichen staatlichen Unternehmen wurde Gaddafis ehemaliges Führungspersonal entlassen und oft durch Angestellte mit weniger Erfahrung und Fachwissen ersetzt (Lacher 2013: 34); wegen jahrzehntelanger staatlicher Subventionen besteht vielerorts nun eine weitreichende Abhängigkeit von äußeren Zuwendungen (St. John 2013: 93-94); aufgrund von Gaddafis Verstaatlichung von Privateigentum existieren bis heute zahlreiche Streitigkeiten um Eigentumsrechte; durch die offenen, unkontrollierten Landesgrenzen blühen der Schmuggel (v.a. von Waffen und Drogen) und die Schattenwirtschaft (Lacher 2013: 35); aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen ist in vielen Regionen die Infrastruktur zerstört (United Nations Support Mission in Libya 2014: 4); wegen der Streitigkeiten um die zentralen Finanzinstitutionen, u.a. um die Central Bank of Libya, sind diese in vielen ihrer Aufgabenbereiche blockiert (Saleh 2014); die politische Instabilität führt zu einem starken Rückgang ausländischer Investitionen (World Bank 2015b), wodurch es schließlich vor allem für den hohen Anteil junger Menschen an Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven fehlt.

Letztlich hat die derzeitige wirtschaftliche Schwäche Libyens zur Folge, dass der Lebensstandard der Menschen bzw. der Human Development Index des Landes heute

niedriger ist als im letzten Jahrzehnt unter Gaddafi (United Nations Development Programme 2015: 2-3) und die Zahl der „Verlierer der Revolution“ (Lacher 2013: 20) weiter anwächst.

### **6.3 Soziale Spannungen und mangelnde Sicherheit**

Im post-revolutionären Libyen wurden immer wieder ganze Städte oder Gemeinschaften entweder als revolutionär, islamistisch oder Gaddafi-treu bezeichnet und kollektiv mit den jeweils zugehörigen Attributen versehen. Eine solche Einteilung ist laut Salem al-Ahmar, einem früheren Mitglied des Allgemeinen Nationalkongress, jedoch weder fair noch korrekt (Sharqieh 2013: 18). Ahmar erklärte beispielsweise, dass nach Gaddafis Sturz die gesamte tribale Gemeinschaft der Warfalla – die aus knapp einer Million Menschen besteht – als *azlam* (d.h. Gaddafi-treu) gekennzeichnet worden sei, obwohl „in fact only a few dozen [...] were truly allied with Qaddafi“ (Sharqieh 2013: 18).

Durch diese Art der kollektiven Kennzeichnung entstanden in der Libyschen Gesellschaft entsprechende Trennlinien, die letztlich die weitere Ausbreitung von Misstrauen, Stereotypen und Feindseligkeiten beförderten. Diese Trennlinien werden nicht zuletzt durch die zahlreichen gewaltsamen Vertreibungen und die hohe Zahl (im Juli 2015 waren es etwa 434.000) von Binnenflüchtlingen deutlich (Internal Displacement Monitoring Centre 2015). Eine der umfassendsten post-revolutionären Vertreibungsaktionen war die Offensive von Milizen aus Misrata gegen sämtliche Bewohner und ehemalige Kämpfer Tawerghas, denen sie während der Revolution nicht nur ein Bündnis mit Gaddafis-Brigaden, sondern auch eine „systematic campaign of rape and murder during their two-month siege of Misrata“ vorwarfen (Sharqieh 2013: 20). Bei diesem Racheakt zerstörten, plünderten und mordeten die Milizen aus Misrata und sorgten letztlich dafür, dass alle 42.000 Einwohner Tawerghas die Stadt verlassen und Zuflucht in anderen Regionen des Landes suchen mussten (Sharqieh 2013: 20). Grundsätzlich sorgen die andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen bei gleichzeitigem Verlust der staatlichen Sicherheitsinstitutionen und der Rechtsstaatlichkeit dafür, dass große Teile der Bevölkerung eine ständige Unsicherheit und Angst verspüren (Gedalla 2015). Darüber hinaus kommen vielerorts Sorgen um die lebensnotwendigen Grundlagen hinzu, die z.B. durch eine mangelnde Nahrungssicherheit oder eine unzureichende gesundheitliche Versorgung entstehen (United Nations Department of Political Affairs 2015). Die weit verbreitete Gewalt und die alltägliche Unsicherheit haben zur Folge, dass immer mehr

Menschen bereuen, dass sie überhaupt die Revolution gegen Gaddafi unterstützt und den Herrscher gestürzt haben (Gedalla 2015).

#### **6.4 Rolle der Weltmächte und anderer internationaler Akteure**

Vor allem in westlichen Regierungen gelten mittlerweile die „hands-off position“ der Weltmächte (Sawani 2013: 80) und „[d]er diskrete Ansatz“ (Lacher 2015b: 6) der internationalen Staatengemeinschaft nach dem Ende der Revolution als ein grundlegender Fehler (Lacher 2015b: 6). Der ehemalige britische Botschafter für Libyen Richard Northern und der Libyen-Experte Jason Pack begründen die damalige passive Haltung der westlichen Alliierten insbesondere damit, dass diese nach den Erfahrungen in Afghanistan und im Irak bei dem Blick auf Libyen „no appetite for occupation or nation building“ verspürten und außerdem nicht für Fehler „made by the transitional authorities“ von der eigenen Wählerschaft kritisiert werden wollten (Northern und Pack 2013: 139). So setzten sie stattdessen darauf, dass sich der Nationale Übergangsrat von sich aus an die Regierungen des Westens wenden würde, wenn er auf Probleme oder Bedrohungen stieße und Ratschläge oder Unterstützung benötigte. Dieser Ansatz führte in den folgenden Monaten dazu, dass „[j]egliche Erwägungen, eine internationale Friedenstruppe zu entsenden, [...] vom libyschen Übergangsrat zurückgewiesen [wurden]“ und mehrere westliche Unterstützungsangebote „im Sand [verliefen], da die Regierung [des Übergangsrats] von Machtkämpfen paralysiert war“ (Lacher 2015b: 6). Da sich neben den westlichen Staaten auch Russland und China bezüglich eines Engagements in Libyen zurückhielten – beide Staaten waren der Meinung, dass das Libyen-Mandat der UN (Resolution 1973) für den „Schutz der Zivilbevölkerung“ von der westlichen NATO-Allianz letztlich für einen Regimewechsel „missbraucht“ worden war und daher der Westen die Verantwortung für das post-revolutionäre Libyen zu tragen habe (Russia Today 2015; China Digital Times 2011; International Crisis Group 2015: 15) – gab es letztlich kein ausreichendes internationales Engagement der Weltmächte für einen friedlichen Übergangsprozess in Libyen.

Heute gibt es mehrere externe Akteure, die vor allem durch die Bereitstellung von Waffen und Geld gezielt versuchen, Einfluss auf die weiteren Entwicklungen in Libyen zu nehmen (International Crisis Group 2015: 15). Dies liegt vor allem an den Gefahren, die insbesondere für Libyens Nachbarn, aber auch für die internationale Gemeinschaft entstünden, wenn sich

Libyen zu einem dauerhaften *failed state* entwickeln würde. Das zentrale Problem bei diesen Versuchen der Einflussnahme liegt darin, dass sich die verschiedenen internationalen Akteure bisher weder auf einen gemeinsamen entwicklungspolitischen Ansatz noch auf einen bevorzugten innerlibyschen Akteur haben einigen können, den sie unterstützen wollen. So bestärken derzeit Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate vor allem das Abgeordnetenhaus in Tobruk und General Haftars Allianz Operation Ehre; Katar, der Sudan und die Türkei bestärken hingegen in erster Linie den Neuen Allgemeinen Nationalkongress und die Allianz Libysche Morgendämmerung (International Crisis Group 2015: 9-16; Stratfor 2014). Durch diese Art des Engagements ausländischer Akteure besteht die Gefahr, dass die Friedensverhandlungen untergraben und die Konflikte des Landes weiter geschürt werden.

## **7 Stabilisierung und Wiederaufbau des Landes**

Die Herausforderungen, die für das Ziel einer dauerhaften Stabilisierung und eines umfassenden Wiederaufbaus Libyens bewältigt werden müssen, sind mannigfaltig und vielschichtig. Der Fokus liegt daher auf den primären Schritten und grundsätzlichen Voraussetzungen, mit denen dieses Ziel erreicht werden kann. Einige dieser Schritte müssen dabei parallel zueinander, d.h. in Form eines „political multi-tasking“ (International Crisis Group 2013), umgesetzt werden.

Grundsätzlich stellen die landesweite Wiederherstellung der Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit die dringendsten Herausforderungen in Libyen dar, weil erst dadurch die stabilen Rahmenbedingungen für weitere Aufbaumaßnahmen (politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art) geschaffen werden können (Lacher 2013: 8; Mattes 2013: 9; Sisk 2013: 103). Das bedeutet, dass ein umfassender Ansatz zum *state-building*, d.h. Maßnahmen zum (Wieder-)Aufbau und zur Stabilisierung von staatlichen Strukturen, verfolgt werden sollte. Zunächst ist hierfür allerdings die Bildung einer nationalen Einheitsregierung erforderlich, welche in der Lage wäre, landesweit ein neutrales Gewaltmonopol aufzubauen und eine verbindliche Verfassung einzusetzen.

Die Bildung einer solchen Einheitsregierung hat derzeit bei den Vermittlungsversuchen der Vereinten Nationen zwischen Libyens verschiedenen politischen Akteuren höchste Priorität und zielt darauf ab, die Spaltung des Landes aufzulösen und alle entscheidenden Kräfte angemessen einzubinden (International Crisis Group 2015: 4-5; United Nations Department

of Political Affairs 2015). Zwar hatten Abgeordnete des Neuen Allgemeinen Nationalkongresses in Tripolis und des Abgeordnetenhauses in Tobruk bereits Mitte Dezember 2015 einen UN-Friedensplan zur Bildung einer sogenannten Regierung der Nationalen Einheit im marokkanischen Skhirat unterzeichnet, scheinbar jedoch ohne die Erlaubnis ihrer jeweiligen Parlamente. So blockieren die Präsidenten und zahlreiche Abgeordnete beider Parlamente bislang die Umsetzung des unterzeichneten UN-Abkommens und stellen jeweils neue Bedingungen für ihre Zustimmung (Yaakoubi 2015; Libya's Channel 2015b; Libya's Channel 2015c). Letztlich wird es weitere Verhandlungsrunden zwischen den beteiligten Gruppen und Akteuren geben müssen, bei denen erneut die zukünftige Verteilung von Einfluss und Mitbestimmung ausgehandelt wird. Dabei gilt es jedoch, immer wieder die Frage zu beantworten, „how inclusive Libya's political life should be, especially in terms of the roles of Islamists and ex-Qadhafi loyalists“ (International Crisis Group 2015: 17).

Grundsätzlich sollten die weiteren UN-Vermittlungsbemühungen in Libyen zudem durch ein umfangreiches diplomatisches Engagement gegenüber den in die Konflikte involvierten externen Akteuren (siehe Kapitel 6.4) begleitet werden, damit diese ihre jeweilige Unterstützung für die verschiedenen Konfliktparteien einstellen. Dies würde die am Verhandlungsprozess beteiligten Akteure stärker unter Druck setzen, an einer Verhandlungs- und nicht an einer militärischen Lösung interessiert zu sein (Hofmann 2015; International Crisis Group 2015: 14-16). Unmittelbar vor der Einsetzung einer Einheitsregierung sollten dann vor allem Waffenstillstands- und Sicherheitsarrangements ein zentrales Thema sein, da bewaffnete Gruppen versuchen könnten, die Arbeit der neuen Regierung zu behindern (Lacher 2015b: 5).

Damit die geplante Einheitsregierung die wesentlichen Konflikte in Libyen dauerhaft beilegen und die zentralen Probleme des Landes nachhaltig lösen kann, wird ihre erste große Aufgabe darin bestehen, „das Milizenoligopol“ (Lacher 2015b: 5) rasch durch die Einsetzung einer neutralen Gewalt abzulösen. Diese neutrale Gewalt sollte sich zum Teil aus ehemaligen Milizionären rekrutieren und zu einer regulären Armee entwickeln, die in der Lage wäre, schrittweise ihre Kontrolle in den verschiedenen Landesteilen auszuweiten (Lacher 2015b: 6). Der derzeitige UN-Sondergesandte für Libyen, Martin Kobler, sagt diesbezüglich, „[that] the army has an important role and has to be unified“, er betont aber auch, „[that] this is a long process“ (Yaakoubi 2015). Während dieses Prozesses gilt es, ein besonderes Augenmerk

darauf zu legen, dass keine parallelen und konkurrierenden Befehlsstrukturen entstehen, die das Gewaltmonopol der neuen Armee gefährden könnten (Lacher 2015b: 6). Dazu müssten Spannungen um Kräfteverhältnisse und Strukturen innerhalb und außerhalb der neuen Armee überwunden werden (Lacher 2013: 31), z.B. indem einflussreiche Milizen sinnvoll integriert, ehemals verfeindete Einheiten eng miteinander verzahnt und allseits respektierte Militäroffiziere zur Leitung eingesetzt werden (Mezran 2014: 325; Lacher 2015b: 7).

Mittelfristig ist zudem der Aufbau einer „infrastructure for civilian oversight over those who hold the monopoly of force“ (Toaldo 2014) von zentraler Bedeutung, um die Akzeptanz der staatlichen Gewalten in der libyschen Bevölkerung zu festigen. Der neue staatliche Sicherheitsapparat wird unmittelbar nach seiner Aufstellung die schwierige Aufgabe haben, die Menge an frei verfügbaren Waffen zu reduzieren und die Grenzen des Landes gegen organisierte Schmugglerbanden sowie illegale Migration zu schützen (Martin 2013: 141). Grundsätzlich wird das Maß an Erfolg bei der Bewältigung dieser Aufgabe die zukünftige Stärke und Leistungsfähigkeit des neuen Sicherheitssektors wesentlich mitbestimmen.

Nach einer grundlegenden Beruhigung und Stabilisierung der Sicherheitslage in Libyen wird ein nächster Schritt darin bestehen, die Rechtsstaatlichkeit des Landes (wieder) herzustellen. Timothy Sisk, ein Experte für den Aufbau fragiler Staaten, sagt diesbezüglich: „[r]ule of law institutions are central to all aspects of statebuilding“ (Sisk 2013: 144), insbesondere um die landesweite Straffreiheit zu beenden, die Rechenschaftspflicht staatlicher Autoritäten zu garantieren, die gewaltfreie Lösung sozialer Konflikte zu befördern und die landesweite Bekämpfung von Verbrechen zu gewährleisten.

Zum Aufbau eines neuen Rechtsstaats wird die zuvor gebildete Einheitsregierung allerdings zunächst eine gemeinsame Verfassung verabschieden und die darüber noch existierenden Uneinigkeiten beseitigen müssen. Diese Uneinigkeiten beziehen sich vor allem auf die Rolle des Islam und den Stellenwert der Scharia (d.h. inwiefern die Scharia „a‘ main source of legislation [...] [or] ,the‘ principal source [of legislation]“ sein soll (Fitzgerald 2013: 187)), das Maß an Föderalismus und Dezentralisierung (d.h. in welchem Umfang einzelnen Regionen bzw. allgemein der lokalen Ebene politische Unabhängigkeit und Autonomie gestattet werden soll), den Status und die Rechte von ethnischen und gesellschaftlichen Minderheiten sowie die konkreten Befugnisse der staatlichen Exekutive (Lawrence 2013). Zudem müssen Fragen geklärt werden, die sich vor allem auf den Zugang zu Erdöleinnahmen

und bedeutenden Finanzinstitutionen (v.a. die National Oil Corporation oder die Central Bank of Libya) sowie die künftige Verteilung von staatlichen Investitionsmaßnahmen beziehen (Lacher 2013: 27; Sherlock 2015b; International Crisis Group 2015: 20).

Nach einer Einigung in diesen grundlegenden Fragen und der Verabschiedung einer gemeinsamen libyschen Verfassung wird es bei dem Aufbau des neuen Rechtsstaats vor allem darum gehen, bereits existierende lokale Gerichtshöfe, die bisher auf Basis des jeweiligen tribalen Gewohnheitsrechts oder der Scharia ihre Entscheidungen getroffen haben, effektiv zu integrieren und einen breiten Zugang für die Menschen zum staatlichen Justizsystem zu ermöglichen. Bei dieser schwierigen Aufgabe müssen tribale und staatliche Strukturen neu miteinander verknüpft sowie formelle und informelle Akteure (einerseits Mitarbeiter des staatlichen Justizsystems und andererseits tribale Führungspersonen oder religiöse Gelehrte) neu miteinander verbunden werden (Sisk 2013: 146-147).

Erst auf der Grundlage von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit können in Libyen die weiteren Schritte und Herausforderungen – u.a. die Aufarbeitung und Bestrafung von post-revolutionären Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die Einleitung einer nationalen Aussöhnung, die gesellschaftliche und politische Integration der gesamten Staatsbevölkerung, die Diversifizierung und Reformierung der Wirtschaft sowie die Legitimierung der politischen Führungskräfte durch freie und faire Wahlen – erfolgreich bewältigt werden, die letztlich Frieden und Stabilität dauerhaft sichern und den Wiederaufbau und die Entwicklung des Landes nachhaltig in Gang setzen sollen.

## **8 Rolle der internationalen Entwicklungspolitik**

Seit dem Ende der Revolution versuchen internationale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit (staatliche und nichtstaatliche Organisationen), mit verschiedenen Maßnahmen und Herangehensweisen positiven Einfluss auf die Entwicklungen des Landes zu nehmen. In diesem Kapitel wird der Fokus allerdings nicht darauf liegen, diese rückblickend aufzuzählen und zu bewerten, sondern auf zukünftige Herausforderungen, Tätigkeitsfelder und Ansätze im libyschen Kontext zu blicken.

Grundsätzlich kann die internationale Entwicklungspolitik die Menschen in Libyen in unterschiedlicher Hinsicht bei der Bewältigung von Problemen und Herausforderungen unterstützen. Laut Ibrahim Sharqieh, einem Experten für Konfliktlösung und Wiederaufbau in

den Staaten der arabischen Welt, gilt es dabei allerdings zu beachten, dass „the role of the international community in the Libyan transition should be limited to specific areas where Libyans themselves need outside assistance“ und dass „the political leadership should remain in Libyan hands in order to ensure ownership and sustainability of progress made in the transition“ (Sharqieh 2013: 37). Zudem sollte berücksichtigt werden, dass der Einsatz entwicklungspolitischer Ressourcen (z.B. von Fachkräften oder Kapital) dem lokalen Kontext angepasst wird, um zu verhindern, dass eine Abhängigkeit von ausländischer Unterstützung entsteht (Sisk 2013: 73).

Das langfristige Ziel der internationalen Akteure besteht darin, ein Umfeld zu schaffen, in dem die Voraussetzungen für ein Leben in Freiheit und Sicherheit gegeben sind. Dabei kann die internationale Entwicklungspolitik in Libyen grundsätzlich nur dann erfolgreich sein, wenn eine ganze Reihe von Maßnahmen und Ansätzen angewendet wird: kurzfristig gehören dazu vor allem die Bereitstellung von humanitärer Hilfe, die Unterstützung bei der Grundversorgung, die Förderung der Vertrauensbildung und die Ausweitung der Dialogbereitschaft; längerfristig geht es neben dem Aufbau neuer staatlicher Strukturen (besonders im Sicherheits-, Justiz- und Finanzsektor) und der Bekämpfung von Korruption (z.B. durch partizipative Haushaltsplanung oder umfassende Transparenzvorgaben) vor allem um *capacity building*, d.h. die Entwicklung der Fähigkeiten der lokalen Fachkräfte und Entscheidungsträger (z.B. im Sicherheitssektor), um *governance*, d.h. die Führung bzw. die Regelung von staatlichen Einheiten, öffentlichen Organisationen oder privaten Unternehmen, um Demokratieförderung, d.h. die Initiierung, Förderung und Konsolidierung von Demokratisierungsprozessen (insbesondere durch die Stärkung von pro-demokratischen Kräften und den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung von demokratischen Institutionen) und um *monitoring*, d.h. die Beobachtung und Überwachung von vereinbarten Abkommen und Verträgen. Einige dieser Maßnahmen (z.B. zur Förderung der Vertrauensbildung) sind bereits vor der Bildung einer Einheitsregierung realisierbar, andere (z.B. die Ausbildung von neutralen staatlichen Sicherheitskräften) werden erst im Anschluss daran möglich sein.

Es gibt allerdings auch einige Bereiche, in denen internationale Akteure keinen Einfluss haben werden und auch nicht versuchen sollten, welchen auszuüben. Beispielsweise erklärt Sharqieh: „[w]hen it comes to national reconciliation in particular, Libyans themselves must

handle the burden; the international community cannot do this on their behalf“ (Sharqieh 2013: 37).

In anderen Bereichen hingegen, in denen die internationale Gemeinschaft Unterstützung leisten kann, wird es entscheidend sein, dass sie ein sensibles Verständnis dafür entwickelt, „where to draw the line between assistance and intervention“ (Sharqieh 2013: 37). Dies gilt insbesondere für das internationale Engagement im Sicherheitssektor Libyens. Laut Ian Martin, dem ehemaligen Leiter der United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL), war der mangelnde Fortschritt im Sicherheitssektor im ersten Jahr nach Gaddafis Sturz „the greatest failure“ der UN-Mission in Libyen (Martin 2013: 150). Bis heute besteht zwar ein großer Bedarf an externer Unterstützung im Sicherheitsbereich, allerdings sind einem solchen Engagement in Libyen enge Grenzen gesetzt. So würde derzeit laut des Libyen-Experten Wolfram Lacher ein von externen Mächten eingeleiteter Einsatz ausländischer Friedenstruppen zur Trennung der Konfliktparteien oder zur Durchsetzung der geplanten Einheitsregierung „zweifellos fehlschlagen“ (Lacher 2015b: 8). Dies läge vor allem an „der Vielzahl bewaffneter Gruppen und der negativen Reaktion, die die Präsenz ausländischer Truppen hervorrufen würde“ (Lacher 2015b: 8). Vor der Bildung einer Einheitsregierung sollte sich der Fokus im Sicherheitssektor daher auf die Eindämmung der bewaffneten Auseinandersetzungen richten (Lacher 2015b: 8), z.B. durch eine verbesserte Durchsetzung des Waffenembargos (International Crisis Group 2015: 19) oder eine neutrale Vermittlung bei Waffenstillstandsabkommen (Sisk 2013: 83).

Nach der Bildung einer Einheitsregierung wäre der Einsatz von ausländischen Friedenstruppen zwar denkbar, aber nur dann eine mögliche Option, wenn die neue Regierung zum einen eine direkte Anfrage an die internationale Gemeinschaft stellt und zum anderen auf einer starken bzw. umfassenden politischen Einigung basiert. Internationale Truppen könnten dann als Verstärkung der staatlichen Einheiten gebraucht werden, z.B. um bestimmte Gebiete abzusichern oder um wichtige politische Einrichtungen zu schützen, ohne dabei jedoch deren Rolle zu übernehmen (Sharqieh 2013: 38). Allerdings ist bisher unklar, welche Staaten überhaupt Militärpersonal für eine internationale Militäroperation in Libyen bereitstellen würden bzw. sollten. So würde beispielsweise die Entsendung von Truppen aus europäischen Staaten (v.a. aus denjenigen mit Interessen in Libyen) „sofort als Beleg für neokoloniale Aspirationen gedeutet werden“ (Lacher 2015b: 7). Zudem bestünde die Gefahr, dass eine

internationale Friedenstruppe als neues „primary target“ (International Crisis Group 2015: 19) sämtlicher radikal islamistischer Kampfeinheiten erhalten müsste und wegen der Vielzahl bewaffneter Gruppen mit ihren Aufgaben überfordert wäre.

Grundsätzlich wird bei dem Aufbau von neuen staatlichen Sicherheitskräften (nach der Bildung einer Einheitsregierung) ein Bedarf an internationaler Unterstützung bestehen (Sharqieh 2013: 38), z.B. bei der Entwicklung von neuen Kontroll- und Rechenschaftsstrukturen (Lacher 2013: 37). Zudem könnte die internationale Gemeinschaft Ausbilder und Experten schicken, um die Einheiten von Armee und Polizei gezielt auf ihre speziellen Aufgaben vorzubereiten, z.B. auf die Sicherung der staatlichen Außengrenzen oder die Reduzierung der frei verfügbaren Waffen (Sisk 2013: 87; Sharqieh 2013: 38). Auch bei der Wiedereingliederung und Resozialisierung von ehemaligen Milizenkämpfern steht die libysche Gesellschaft vor einer großen Herausforderung (International Crisis Group 2015: 19). Hier kann die internationale Entwicklungspolitik in mehrfacher Hinsicht unterstützend tätig werden, z.B. durch die Akquise ausländischer Investitionsprogramme für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und ökonomischen Perspektiven (insbesondere für die große Anzahl junger Männer und Frauen, die teilweise auf illegale Aktivitäten oder die Bezahlung durch ihre Miliz angewiesen sind) oder durch die Umwandlung von ehemaligen Kampfeinheiten in neue politische Zusammenschlüsse und Parteien (St. John 2013: 98; Sisk 2013: 89). Bei letzterem wird die zentrale Herausforderung darin bestehen, dass bewaffnete Akteure ein neues Vertrauen in den politischen Prozess gewinnen und nicht länger die gewaltsame Auseinandersetzung als aussichtsreichstes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen ansehen. Grundsätzlich lautet daher das Ziel der internationalen Akteure, bewaffnete Gruppierungen dazu zu bewegen „to exchange violence for dialogue [...] [and both economic and political] participation“ (Sisk 2013: 90).

Generell wird eine umfassende Entmilitarisierung der Politik Voraussetzung sein, um neue Wahlen ansetzen und durchführen zu können und auf diese Weise den künftigen staatlichen Führungskräften eine breitere Legitimitätsgrundlage zu verschaffen. Auch bei dieser Aufgabe können internationale Experten beratend Unterstützung leisten, z.B. bei der Strukturierung des neuen Wahlsystems, der Registrierung von Wahlberechtigten, der Aufstellung von Kandidaten und Parteien, der Vergrößerung der öffentlichen Reichweite von politischen Programmen und der polizeilichen Absicherung der Wahlveranstaltungen (Martin 2013: 134).

Eine weiterer Bereich, in dem die internationale Entwicklungspolitik unterstützend tätig werden kann, ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, vor allem im Hinblick auf deren Beteiligung am politischen Geschehen (z.B. durch die Förderung von Diskussionsforen oder Bürgerinitiativen). Davon könnte die libysche Gesellschaft gleich auf zweifache Weise profitieren: zum einen könnten wichtige Themen, wie die künftigen Rechte von Minderheiten oder Frauen, in die politischen Debatten auf nationaler Ebene getragen werden (Lawrence 2013); zum anderen könnte der offene Austausch von Ideen und Überzeugungen dazu beitragen, dass die zahlreichen – meist herkunftsbezogenen – Trennlinien innerhalb der Libyschen Bevölkerung abgebaut werden (Sisk 2013: 151). Gelingt es der internationalen Entwicklungspolitik, diese Trenn- und Konfliktlinien zu überwinden und Vertrauen (z.B. zwischen regionalen Nachbargemeinschaften oder politischen Führungskräften) in ausreichendem Maß aufzubauen, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung des Landes gegeben.

## **9 Fazit und Ausblick**

Einige Beobachter hatten nach der Verabschiedung der UN-Resolution 1973 (im März 2011) zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung darauf hingewiesen, dass dieses Mandat nicht nur eine Verantwortung zum Schutz beinhalte, sondern ebenso eine Verantwortung zum Wiederaufbau impliziere (Hofmann 2015; Okyere 2013). Dieser ist die internationale Gemeinschaft jedoch bisher nicht in ausreichendem Maß gerecht geworden. So bestehen in Libyen noch immer grundlegende strukturelle Schwächen, welche letztlich zu einer ganzen Reihe von Problemen führen.

Zwar wird die libysche Bevölkerung ihre Angelegenheiten im Kern eigenständig bewältigen müssen, um nachhaltige Lösungen zu erreichen, allerdings ist im Hinblick auf die gegenwärtige Entwicklung des Landes (insbesondere in Bezug auf die Ausbreitung des Islamischen Staats) und die Anzahl sowie die Komplexität der zu bewältigenden Herausforderungen ein umsichtiges internationales Engagement in Libyen nicht nur sinnvoll, sondern auch empfehlenswert. Schließlich hat die Instabilität in Libyen nicht nur auf die weiteren Entwicklungen in den Nachbarländern direkte Auswirkungen (z.B. durch Waffen- und Drogenschmuggel oder Rückzugs- und Organisationsmöglichkeiten für kriminelle und extremistische Netzwerke), sondern auch auf die künftige Bewältigung globaler

Herausforderungen (z.B. der Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder des organisierten Menschenhandels). Demzufolge hat die internationale Gemeinschaft nicht nur „eine moralische, [sondern] auch eine strategische Verpflichtung ihrer Präventionsverantwortung [sic] [in Libyen] endlich entschieden nachzukommen“ (Hofmann 2015). Dabei sollte jedoch im libyschen Kontext auf vermeintlich einfache Lösungsansätze, wie etwa der gezielten Stärkung und Bevorzugung einzelner Akteure (z.B. des Abgeordnetenhauses oder des Generals Khalifa Haftar), verzichtet werden – dafür ist die dortige Lage zu komplex.

Die libysche Bevölkerung sollte mit einer ganzen Reihe konstruktiver entwicklungs-politischer Maßnahmen dabei unterstützt werden, integrative und lösungsorientierte Dialoge zu führen und grundlegende Strukturen und Rahmenbedingungen (insbesondere durch Bildung einer starken Einheitsregierung und eines neutralen Sicherheits- und Justizsektors) aufzubauen.

Die zukünftige Stabilität des Landes wird davon abhängen, inwiefern es der libyschen Bevölkerung gelingt, vergangene Verbrechen und Verfehlungen aufzuarbeiten, herrschende Feindschaften und Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und bestehende Konflikt- und Trennlinien aufzulösen sowie generell das Maß an Vertrauen, Kompromissbereitschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl zu erhöhen.

### **Anmerkende Ergänzung nach Fertigstellung dieser Arbeit:**

Nachdem sich am 17. Dezember 2015 einige Repräsentanten des Neuen Allgemeinen Nationalkongresses und des Abgeordnetenhauses im sogenannten *Libyan Political Agreement (LPA)* auf die Zusammensetzung einer neuen nationalen Einheitsregierung geeinigt hatten, kam diese erstmals am 30. März 2016 in Tripolis unter der Bezeichnung *Government of National Accord (GNA)* zusammen. Seitdem bemüht sich die neue Regierung um eine breite politische Unterstützung für ihre kommenden Aufgaben. Diese wird ihr bislang jedoch nicht nur von großen Teilen des Abgeordnetenhauses und des Neuen Allgemeinen Nationalkongresses verwehrt, sondern auch von General Haftars Milizenverbänden sowie einigen anderen bedeutenden Kräften des Landes (United Nations Support Mission in Libya 2015; Berkowitz 2016).

## Literaturverzeichnis

Akrap, Doris, Interview mit Thomas Hüsken, 2011. „Ethnologe über die Stämme in Libyen“. In: Taz <<http://www.taz.de/!5113493/>> [29.12.2015]

Al-Ageli, Abdul Rahman, 2015. „Who wants what in Libya“. In: BBC <<http://www.bbc.com/news/world-africa-31815616>> [15.12.2015]

Al-Gaddafi, Muammar, o.J. „Das grüne Buch“. Tripolis: Weltzentrum für das Studium und die Erforschung des Grünen Buchs <<http://thegreenbook.eu/dasgruenebuch.pdf>> [22.12.2015]

Aljazeera, 2014. „A fierce battle for control in Libya’s desert“ <<http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2014/12/fierce-battle-control-libya-desert-201412591647138535.html>> [29.12.2015]

Amnesty International, 2015. „Annual Report Libya“ <<https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/libya/report-libya/>> [30.12.2015]

Anderson, Jon Lee, 2015: „Die Auflösung. Libyen zerfällt in einen Ost- und einen Westteil“. *Internationale Politik* 3, 83-97.

Auswärtiges Amt, 2015a. „Libyen“ <[http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Libyen\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Libyen_node.html)> 09.12.2015

Auswärtiges Amt, 2015b. „Libyen. Innenpolitik“ <[http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Libyen/Innenpolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Libyen/Innenpolitik_node.html)> 14.12.2015

Bauer, Wolfgang, 2015. „Parlament auf der Flucht“. In: Zeit Online <<http://www.zeit.de/2015/02/libyen-wahl-islamisten-parlament-flucht-hotel>> [16.12.2015]

Beck, Martin, 2010: „Vor der Wahl im Irak: Zum schiitisch-sunnitischen Faktor“. Amman: Konrad Adenauer Stiftung. (Länderberichte) <[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_18928-544-1-30.pdf?100304155932](http://www.kas.de/wf/doc/kas_18928-544-1-30.pdf?100304155932)> [11.01.2016]

Berkowitz, Oded, 2016: „Libya’s New Unity Government is Anything But“. In: The National Interest, vom 03.05.2016. <<http://nationalinterest.org/feature/libyas-new-unity-government-anything-16036>> [10.07.2016]

Boduszynski, Mieczyslaw P, Duncan Pickard, 2014: „Libya Starts from Scratch“. In: Larry Diamond, Marc F. Plattner (Hg.): *Democratization and Authoritarianism in the Arab World*. Baltimore: John Hopkins. 289-299.

- Benotman, Noman, Jason Pack, James Brandon, 2013: „Islamists“. In: Jason Pack (Hg.): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York: Palgrave Macmillan. 191-228.
- Cafiero, Giorgio, Daniel Wagner, 2015. „Four Years After Gaddafi, Libya Is a Failed State“ In: Foreign Policy in Focus, vom 06.04.2015. <<http://fpif.org/four-years-after-gaddafi-libya-is-a-failed-state/>> [16.12.2015]
- Central Intelligence Agency, 2015. „The World Factbook. Libya“ <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ly.html>> 09.12.2015
- China Digital Times, 2011. „Don't Rush to Celebrate the Post-Gaddafi Era“ <<http://chinadigitaltimes.net/2011/08/dont-rush-to-celebrate-the-post-gaddafi-era-2/>> [03.01.2016]
- Cristiani, Dario, 2014: „Libya's Descent into Chaos: Warring Clans and Its Impact on Regional Stability“. *Terrorism Monitor* 12 (24), 16-19. <[http://www.jamestown.org/uploads/media/TerrorismMonitorVol12Issue24\\_05.pdf](http://www.jamestown.org/uploads/media/TerrorismMonitorVol12Issue24_05.pdf)> [22.12.2015]
- Dittmann, Andreas, 2010: „Libyen“. In: Wolfgang Gieler (Hg.): *Afrika-Lexikon. Geographie, Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft*. Frankfurt am Main: Peter Land. 254-265.
- Dittmann, Andreas, 2012: „Zur Geographie der historischen und politischen Entwicklungsvoraussetzungen des post-revolutionären Libyen“. In: Thorsten Gerald Schneider (Hg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*. Wiesbaden: Springer. 205-229.
- Djukic, Djordje und Evan Centanni, 2015. „War in Libya: Map of Control in August 2015“. In: Political Geography Now <<http://www.polgeonow.com/2015/08/war-in-libya-map-of-control-in-august.html>> [15.12.2015]
- Ethnologue, 2015a. „Libya. Languages“ <<http://www.ethnologue.com/country/LY/languages>> [15.01.2016]
- Ethnologue, 2015b. „Libya. Country“ <<http://www.ethnologue.com/country/LY>> [15.01.2016]
- Fitzgerald, Mary, 2013: „Finding Their Place. Libya's Islamists During and After the Revolution“. In: Peter Cole and Brian McQuinn (Hg.): *The Libyan Revolution and Its Aftermath*. London: Hurst. 177-204.
- Fitzgerald, Mary, 2015. „Who wants what in Libya“. In: BBC <<http://www.bbc.com/news/world-africa-31815616>> [15.12.2015]

- Fund for Peace, 2015. „Fragile State Index 2015“ <<http://library.fundforpeace.org/library/fragilestatesindex-2015.pdf>> [29.12.2015]
- Gedalla, Mutaz, 2015. „Do We Really Miss Gaddafi Days?“. In: Wake Up Benghazi <<http://wakeupbenghazi.com/2015/08/15/do-we-really-miss-gaddafi-days/>> [05.01.2016]
- Gehlen, Martin, 2015. „Der Horror erfasst Sirte“. In: Zeit Online <<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/libyen-sirte-gefechte-islamischer-staat>> [28.12.2015]
- Gerlach, Julia, 2012: „Libyen, Stunde Null. Chaos oder Stabilität? Ein Land auf der Kippe“. *Internationale Politik* 3, 89-95.
- Global Centre for the Responsibility to Protect, 2015. „Libya“ <<http://www.globalr2p.org/regions/libya>> [29.12.2015]
- Hackensberger, Alfred, 2015. „Libyen: Der General, der über dem Gesetz steht“. In: Die Presse <[http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4652207/Libyen\\_Der-General-der-uber-dem-Gesetz-steht](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4652207/Libyen_Der-General-der-uber-dem-Gesetz-steht)> [16.12.2015]
- Hartmann, Jürgen, 2011: *Staat und Regime im Orient und in Afrika. Regionenporträts und Länderstudien*. Wiesbaden: Springer.
- Hofmann, Gregor, 2015. „Nichts Gelernt? Libyen vier Jahre nach der Intervention“. In: Friedensakademie-Blog <<http://friedensakademie-blog.eu/2015/02/06/nichts-gelernt-libyen-vier-jahre-nach-der-intervention/>> [31.12.2015]
- Hottinger, Arnold, 2008: *Die Länder des Islam. Geschichte, Traditionen und Einbruch der Moderne*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Human Rights Watch, 2014. „Letter to UN Special Representative in Libya“ <<https://www.hrw.org/news/2015/05/11/letter-un-special-representative-libya>> [30.12.2015]
- Hüsken, Thomas, 2013: „Tribes, Revolution, and Political Culture in the Cyrenaica Region of Libya“. In: Malika Bouziane, Cilja Harders, Anja Hoffmann (Hg.): *Local Politics and Contemporary Transformations in the Arab World*. New York: Palgrave Macmillan. 214-231.
- Internal Displacement Monitoring Centre, 2015. „Libya IDP Figures Analysis“ <<http://www.internal-displacement.org/middle-east-and-north-africa/libya/figures-analysis>> [01.01.2016]
- International Crisis Group, 2012. „Divided We Stand: Libya’s Enduring Conflicts. Executive Summary and Recommendations“ <<http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/north-africa/libya/130-divided-we-stand-libyas-enduring-conflicts.aspx>> [29.12.2015]

- International Crisis Group, 2013. „Trial by Error: Justice in Post-Qadhafi Libya“  
<[http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/libya/140-trial-by-error-justice-in-post-qadhafi-libya.pdf](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/libya/140-trial-by-error-justice-in-post-qadhafi-libya.pdf)>  
[17.12.2015]
- International Crisis Group, 2015. „Libya: Getting Geneva Right“  
<<http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/libya/157-libya-getting-geneva-right>> [09.12.2015]
- Joffé, George, 2013: „Civil Activism and the Roots of the 2011 Uprisings“. In: Jason Pack (Hg.): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York: Palgrave Macmillan. 23-51.
- Keilberth, Mirco, 2014. „Unruhen in Libyen. Angriff auf Islamisten“. In: Taz  
<<http://www.taz.de/!5042009/>> [11.01.2016]
- Khodr, Zeina, 2015. „Fragmentation casts doubt over Libya unity deal“. In: Aljazeera  
<<http://www.aljazeera.com/blogs/africa/2015/12/fragmentation-casts-doubt-libya-unity-deal-151212131300956.html>> [22.12.2015]
- Lacher, Wolfram, 2013: „Bruchlinien der Revolution. Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen“. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. (SWP-Studien 2013/S 05).  
<[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013\\_S05\\_lac.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S05_lac.pdf)>  
[22.12.2015]
- Lacher, Wolfram, 2015a: „Libyen: Wachstumsmarkt für Jihadisten“. In: Guido Steinberg, Annette Weber (Hg.): *Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studien 2015/S 07) <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015\\_S07\\_sbg\\_web.pdf#page=33](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015_S07_sbg_web.pdf#page=33)> [22.12.2015]
- Lacher, Wolfram, 2015b: „Libyens Stabilisierung unterstützen. Wie weiter nach dem Skhirat-Abkommen?“. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. (SWP-Aktuell 2015/A 67) <[https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A67\\_lac.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A67_lac.pdf)> [22.12.2015]
- Lacher, Wolfram, Ahmed Labnoui, 2013: „Factionalism Resurgent: The War in Jabal Nafusa“. In: Peter Cole and Brian McQuinn (Hg.): *The Libyan Revolution and Its Aftermath*. London: Hurst. 257-284.
- Lacher, Wolfram, Peter Cole, 2014: „Politics by Other Means. Conflicting Interests in Libya’s Security Sector“. Genua: Small Arms Survey, Graduate Institute of International and Development Studies. (Working Paper 20).  
<<http://www.smallarmssurvey.org/fileadmin/docs/F-Working-papers/SAS-SANA-WP20-Libya-Security-Sector.pdf>> [22.12.2015]

- Lawrence, William, 2013: „Against the Odds: The Black Swans of Libya’s Arab Spring“. New York: World Politics Review. (In Depth Archive). <<http://www.worldpoliticsreview.com/articles/13112/against-the-odds-the-black-swans-of-libya-s-arab-spring>> [08.01.2016]
- Libya’s Channel, 2015a. „Tebu and Tuareg sign peace deal in Qatar to end Ubari conflict“ <<http://en.libyaschannel.com/2015/11/25/tebu-and-tuareg-sign-peace-deal-in-qatar-to-end-ubari-conflict/>> [29.12.2015]
- Libya’s Channel, 2015b. „Libya peace deal put in doubt as rival parliament leaders unanimously reject UN-led talks“ <<http://en.libyaschannel.com/2015/12/17/libya-peace-deal-put-in-doubt-as-rival-parliament-leaders-unanimously-reject-un-led-talks/>> [06.01.2016]
- Libya’s Channel, 2015c. „Conditional support for Unity Government in eastern Libya“ <<http://en.libyaschannel.com/2015/12/28/conditional-support-for-unity-government-in-eastern-libya/>> [06.01.2016]
- Mattes, Hanspeter, 2013: „Politische Transformation und Gewalt in Tunesien, Ägypten und Libyen seit 2011: Ein Forschungsaufriß“. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies. (GIGA Working Paper, No 219). <[https://giga.hamburg/de/system/files/publications/wp219\\_mattes.pdf](https://giga.hamburg/de/system/files/publications/wp219_mattes.pdf)> [22.12.2015]
- Martin, Ian, 2013: „The United Nations’ Role in the First Year of the Transition“. In: Peter Cole and Brian McQuinn (Hg.): *The Libyan Revolution and Its Aftermath*. London: Hurst. 127-152.
- Mattes, Hanspeter, 2014: „Rebuilding the National-Security Forces in Libya“. *Middle East Policy* 21 (2), 85-99.
- Meyers (Hg.), 2009: *Meyers Großes Länderlexikon. Alle Länder der Erde kennen, erleben, verstehen*. Mannheim : Meyers Lexikonverl.
- Mezran, Karim, 2014: „Libya in Transition: From Jamahiriya to Jumuhúriyyah?“ In: Fawaz A. Gerges (Hg.): *The New Middle East. Protest and Revolution in the Arab World*. New York: Cambridge University Press. 309-331.
- Murray, Rebecca, 2015. „Tuareg and Tebu fight proxy battle in southwest Libya“ In: Aljazeera <<http://www.aljazeera.com/news/2015/06/tuareg-tebu-fight-proxy-battle-southwest-libya-150610115006475.html>> [22.12.2015]
- Northern, Richard, Jason Pack, 2013: „The Role of Outside Actors“. In: Jason Pack (Hg.): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York: Palgrave Macmillan. 113-149.

- N-tv, 2014. „Zu unsichere Lage in Tripolis. Libyens Parlament tagt in Tobruk“  
<<http://www.n-tv.de/politik/Libyens-Parlament-tagt-in-Tobruk-article13363536.html>>  
[11.01.2016]
- N-tv, 2015. „Libyen bleibt unregierbar. Parlament lehnt Friedensplan ab“  
<<http://www.n-tv.de/politik/Parlament-lehnt-Friedensplan-ab-article16172001.html>>  
[09.12.2015]
- Okyere, Frank, 2013: „The Legacy of UN Military Intervention and State-building in Libya“. Accra: Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre. <<http://www.kaiptc.org/Publications/Policy-Briefs/Policy-Briefs/KAIPTC-Policy-Brief-2---The-Legacy-of-UN-Military-.aspx>> [20.01.2016]
- Ostry, Hardy, 2014: „Politische Lösung für Libyen Krise“. Tunis: Konrad Adenauer Stiftung. (Länderberichte) <[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_39143-544-1-30.pdf?141014111057](http://www.kas.de/wf/doc/kas_39143-544-1-30.pdf?141014111057)> [22.12.2015]
- Pène, Emanuel, 2015. „Libya – political, economic and tribal complexity“. In: Maghreb and Orient Courier <<http://lecourrierdumaghrebetdelorient.info/focus/libya-political-economic-and-tribal-complexity/#prettyPhoto>> [28.12.2015]
- Russia Today Videobeitrag, 2015. „Vladimir Putin talks about Hillary, Benghazi and Libya“ <<https://www.youtube.com/watch?v=fcRmUWtfO9I>> [03.01.2016]
- Saleh, Heba, 2014. „Rival central bank governors vie for control of Libya’s oil earnings“. In: Financial Times <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/4eb94b20-7bc1-11e4-b6ab-00144feabdc0.html#axzz3wyZHPS5V>> [11.01.2016]
- Sawani, Youssef Mohammed, 2013: „Dynamics of Continuity and Change“. In: Jason Pack (Hg.): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York: Palgrave Macmillan. 53-84.
- Seeberg, Peter, 2014: „EU Strategic Interests in Post-Qadhafi Libya: Perspectives for Cooperation“. *Middle East Policy* 21 (1), 122-132.
- Shuaib, Ali, Hadeel Al-Shalchi, 2012. „Libya stops paying billions to former fighters because of corruption“. In: National Post <<http://news.nationalpost.com/news/libya-stops-paying-billions-to-former-fighters-because-of-corruption>> [06.01.2016]
- Sisk, Timothy, 2013: *Statebuilding*. Cambridge: Polity Press.
- St. John, Ronald Bruce, 2013: „The Post-Qadhafi Economy“. In: Jason Pack (Hg.): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York: Palgrave Macmillan. 85-111.

- Stephen, Chris, 2014. „Tripoli residents face dilemma after Libya Dawn take control of capital“ In: The Guardian <<http://www.theguardian.com/world/2014/aug/31/tripoli-residents-libya-dawn-islamist-militias>> [11.01.2016]
- Stocker, Valerie, 2014. „Machtkampf in Libyen. Wohlwollender Diktator oder schlafender Monarch?“ In: Qantara <<http://de.qantara.de/inhalt/machtkampf-in-libyen-wohlwollender-diktator-oder-schlafender-monarch>> [15.12.2015]
- Stratfor, 2014. „External Powers Have Good Reason Not to Intervene in Libya“ <<https://www.stratfor.com/analysis/external-powers-have-good-reason-not-intervene-libya>> [15.01.2016]
- Sharqieh, Ibrahim, 2013: „Reconstructing Libya: Stability Through National Reconciliation“. Doha: Brookings Doha Center. (Analysis Paper, Number 9, December 2013). <<http://www.brookings.edu/~media/research/files/papers/2013/12/03-libya-national-reconciliation-sharqieh/libya-national-reconciliation-english.pdf>> [22.12.2015]
- Sherlock, Ruth, 2015a. „Libya slipping toward all-out civil war after peace talks delayed in Morocco“. In: The Telegraph <<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/11465785/Libya-slipping-toward-all-out-civil-war-after-peace-talks-delayed-in-Morocco.html>> [16.12.2015]
- Sherlock, Ruth, 2015b. „Inside Libya: how battle for oil has left country close to collapse“. In: The Telegraph <<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/11458811/Inside-Libya-how-battle-for-oil-has-left-country-close-to-collapse.html>> [31.12.2015]
- Smith, Henry, 2013: „The South“. In: Jason Pack (Hg.): *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*. New York: Palgrave Macmillan. 175-189.
- Toaldo, Mattia, 2014. „Why Europe should step up its effort in Libya“. European Council on Foreign Relations. <[http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_why\\_europe\\_should\\_step\\_up\\_its\\_efforts\\_in\\_libya](http://www.ecfr.eu/article/commentary_why_europe_should_step_up_its_efforts_in_libya)> [06.01.2015]
- Toaldo, Mattia, 2015a. „Mapping Libya’s factions“. European Council on Foreign Relations. <[http://www.ecfr.eu/article/mapping\\_libyas\\_factions311661](http://www.ecfr.eu/article/mapping_libyas_factions311661)> [29.12.2015]
- Toaldo, Mattia, 2015b. „Will the West, Egypt intervene in Libya’s civil war“. In: Aljazeera America <<http://america.aljazeera.com/articles/2015/2/18/will-the-west-egypt-be-dragged-into-libyas-civil-war.html>> [22.12.2015]
- United Nations Department of Political Affairs, 2015. „26 August 2015, Security Council Briefing on the situation in Libya, Special Representative for Libya Bernardino Leon“ <<http://www.un.org/undpa/speeches-statements/26082015/libya>> [05.01.2016]

United Nations Development Programme, 2015. „United Nations Development Report 2015. Libya“ <[http://hdr.undp.org/sites/all/themes/hdr\\_theme/country-notes/LBY.pdf](http://hdr.undp.org/sites/all/themes/hdr_theme/country-notes/LBY.pdf)> [31.12.2015]

United Nations News Centre, 2015. „Libya: UN envoy urges endorsement of political agreement as way forward for 'peace in unity'“ <<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=52748#.Vm6pLYTaSRg>> [14.12.2015]

United Nations Support Mission in Libya, 2014. „Update on Violations of International Human Rights and Humanitarian Law during the ongoing Violence in Libya“ <[http://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/UNSMIL\\_OHCHRJointly\\_report\\_Libya\\_23.12.14.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/UNSMIL_OHCHRJointly_report_Libya_23.12.14.pdf)> [28.12.2015]

United Nations Support Mission in Libya, 2015. „Libyan Political Agreement“ <<https://unsmil.unmissions.org/LinkClick.aspx?fileticket=miXuJYkQAQg%3D&tabid=3559&mid=6187&language=fr>> [10.07.2016]

Wehrey, Fredric, Wolfram Lacher, 2014: „Libya's Legitimacy Crisis“. Foreign Affairs <<https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2014-10-06/libyas-legitimacy-crisis>> [15.12.2015]

World Bank, 2015a. „Libya“ <<http://data.worldbank.org/country/libya>> [09.12.2015]

World Bank, 2015b. „Libya foreign direct investment, net inflows (% of GDP)“ <<http://data.worldbank.org/indicator/BX.KLT.DINV.WD.GD.ZS>> [05.01.2016]

Wulf, Herbert, 2012: „Libyen: Land voller Waffen“. In: Johannes M. Becker, Gert Sommer (Hg.): *Der Libyen Krieg*. Münster: Lit. 237-255.

Yaakoubi, Aziz El, 2015. „Libyan factions sign U.N. deal to form unity government“. In: Reuters <<http://www.reuters.com/article/us-libya-security-idUSKBN0U00WP20151217>> [06.01.2016]

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Eigene Darstellung, 2016. „Libyen“. Karte erstellt mit Stepmap <[www.stepmap.de](http://www.stepmap.de)> [20.07.2016]

Abbildung 2: Eigene Darstellung, 2016. „Libyen. Tribale Gemeinschaften und Ethnische Minderheiten“. Karte erstellt mit Stepmap <[www.stepmap.de](http://www.stepmap.de)> [20.07.2016]

Abbildung 3: Evan Centanni, 2015. „War in Libya: Map of Control in August 2015“. Political Geography Now, 2015. <[www.polgeonow.com](http://www.polgeonow.com)> [15.01.2016]